

Inhaltsverzeichnis

0.1	Angaben zur Baustelle.....	4
0.1.1	Lage der Baustelle.....	4
0.1.2	Besondere Belastungen	4
0.1.3	Vorhandene Anlagen	4
0.1.3.1	Bahnkörper	4
0.1.3.2	Tunnel	4
0.1.3.3	Bahnübergänge	5
0.1.3.4	Ingenieurbauwerke	5
0.1.3.5	Schallschutzwände (Lärmschutzanlagen).....	5
0.1.3.6	Oberbau	6
0.1.3.7	Hochbauten	6
0.1.3.8	Personenverkehrsanlagen	6
0.1.3.9	Straßen und Wege.....	6
0.1.3.10	Tiefbau	7
0.1.3.11	Anlagen der Leit- und Sicherungstechnik.....	7
0.1.3.12	Anlagen der Telekommunikation.....	8
0.1.3.13	Elektrotechnische Anlagen für Bahnstrom	8
0.1.3.14	Elektrotechnische Anlagen für Licht- u. Kraftstrom	8
0.1.3.15	Maschinentechnische Anlagen	9
0.1.3.16	Kabel und Leitungen Dritter	9
0.1.3.17	Sonstige bauliche Anlagen und bauliche Anlagen Dritter	9
0.1.3.18	Sonstige Anlagen der Ausrüstung.....	9
0.1.4	Verkehrsverhältnisse	9
0.1.5	Freizuhaltende Flächen	10
0.1.6	Transportwege.....	10
0.1.7	bleibt frei.....	10
0.1.8	bleibt frei.....	10
0.1.9	Baugrund.....	11
0.1.10	Hydrologie	11
0.1.11	Besondere umweltrechtliche Vorschriften/Hinweise.....	11
0.1.12	Besondere Vorgaben für die Entsorgung	11
0.1.12.1	Abfall	11
0.1.12.2	Abwasser.....	11
0.1.13	Schutzgebiete oder Schutzzeiten.....	12
0.1.14	Schutzmaßnahmen.....	13
0.1.15	bleibt frei.....	15
0.1.16	bleibt frei.....	15

0.1.17	Hindernisse	15
0.1.18	Kampfmittel	15
0.1.19	Baustellenverordnung.....	16
0.1.20	Auflagen Dritter.....	16
0.1.21	bleibt frei.....	16
0.1.22	Vorarbeiten des AG	16
0.1.23	Arbeiten anderer Unternehmer	16
0.1.24	Besondere Auflagen	17
0.2	Angaben zur Ausführung.....	18
0.2.1	Bauablauf	18
0.2.2	Erschwernisse	18
0.2.3	Vorgaben aus dem SiGe-Plan	19
0.2.4	bleibt frei.....	19
0.2.5	Kontaminierte Bereiche	19
0.2.6	Besondere Einrichtungen	19
0.2.7	Besondere Anforderungen an Gerüste	20
0.2.8	Mitbenutzung fremder Einrichtungen	20
0.2.9	Vorhaltung für andere Unternehmer	20
0.2.10	bleibt frei.....	20
0.2.11	bleibt frei.....	20
0.2.12	bleibt frei.....	20
0.2.13	Eignungs- und Gütenachweise	20
0.2.13.1	Eignungs- und Gütenachweise für zugelieferte mineralische Ersatzbaustoffe (MEB) und Bodenmaterial.....	20
0.2.13.2	bleibt frei.....	21
0.2.14	Umgang mit gewonnenen Stoffen.....	21
0.2.15	Abfallmanagement von Bau- und Abbruchabfällen	22
0.2.15.1	Allgemeine Pflichten und Leistungen des Auftragnehmers	22
0.2.15.2	Definition Abfallerzeuger und Abfallbesitzer.....	23
0.2.15.3	Betrieb von Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen für Abfälle ..	24
0.2.15.4	Leistungen des AN zur Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung.....	25
0.2.15.5	Systematik der zu vergebenden Entsorgungsleistungen für mineralische Bau- und Abbruchabfälle	26
0.2.15.6	Umgang mit Rückbau- und Abbruchabfällen.....	26
0.2.15.10.1	Umgang mit LST- und TK-Reststoffen sowie Schrott.....	27
0.2.15.8	Haufwerksbildung und Bereitstellung.....	27
0.2.15.9	Deklarationsanalytik.....	29
0.2.15.10	Elektronische Nachweisführung über die Entsorgung von Abfällen.....	29
	Technische Voraussetzungen für das elektronische Abfall-Nachweis-Verfahren	29

	Vorab- und Verbleibskontrolle für gefährliche Abfälle	30
	Vorab- und Verbleibskontrolle für nicht gefährliche Abfälle.....	31
	Anzeige- u. Dokumentationspflichten gemäß Ersatzbaustoffverordnung..	33
0.2.15.11	Abrechnung von Entsorgungsleistungen.....	33
0.2.15.12	Beförderungserlaubnis / Transportgenehmigungen	34
0.2.15.10.2 0.2.15.10.3 0.2.15.10.4	bleibt frei.....	34
0.2.15.10.7	bleibt frei.....	34
0.2.18	Leistungen für andere Unternehmer	34
0.2.19	Zusammenwirken mit anderen Unternehmern	34
0.2.20	bleibt frei.....	35
0.2.21	bleibt frei.....	35
0.2.22	bleibt frei.....	35
0.2.23	DB-spezifische Angaben	35
0.2.24	Ergänzende Ausführungsbestimmungen	35
0.3	Einzelangaben bei Abweichungen von den ATV.....	36
0.4	Einzelangaben zu Nebenleistungen und Besonderen Leistungen	36
0.4.1	Nebenleistungen.....	36
0.4.2	Besondere Leistungen.....	36
0.5	Technische Bearbeitung	37
0.5.1	Ausführungsunterlagen.....	37
0.5.2	Vermessungstechnische Bestandsdokumentation	37
0.5.3	Bauwerksdokumentation	37
0.5.4	Bauzeitenplan.....	37
0.6	Baubeschreibung.....	38
0.6.1	Allgemeines	38
0.6.2	Str. 4020 ca. km 62,8 bis ca. km 63,3 (Dammerstock).....	38
0.6.2.1	Tiefbau Str. 4020 km 62,970.....	38
0.6.2.2	Stopfarbeiten Str. 4020 km 62,8 bis km 63,3	39
0.6.3	Stopfarbeiten Str. 4020 km / Str. 4280 Abzweig Bashaide	39
0.6.4	Stopfarbeiten Str. 4280 km 86,3 bis km 94,1	39
0.6.5	Stopfarbeiten Str. 4280 km 109,6+35 und km 115,0+38 (HOA)	40
0.6.6	Stopfbereitschaft während Hochtastfahrten NBS 4280	40

0.1 Angaben zur Baustelle

0.1.1 Lage der Baustelle

Die Deutsche Bahn AG plant und realisiert die Ausbau- und Neubaustrecke (ABS/NBS) Karlsruhe-Basel. Die nachfolgend beschriebene Maßnahme ist Bestandteil des Streckenabschnittes (StA) 1, Karlsruhe – Rastatt der Strecken 4020 und 4280.

Die geplanten Maßnahmen befinden sich auf den Gemarkungen Karlsruhe, Rheinstetten, Durmersheim, Bietigheim und Ötigheim die zwischen Karlsruhe und Rastatt liegen, sowie südlich von Rastatt auf den Gemarkungen Sinzheim und Bühl. Die Baumaßnahme erstreckt sich über einen Bereich von ca. km 62,8+00 bis ca. km 63,3+00 auf der Strecke 4020 und bezogen auf die Strecke 4280 auf einen Bereich von ca. km 85,0+00 bis ca. km 94,1+00, sowie punktuell an km 109,6+35 sowie km 115,0+38 der Str. 4280.

Der Baubereich befindet sich, mit Ausnahme der Maßnahmen auf der Gemarkung Karlsruhe außerhalb von bebautem Gebiet.

Die Zufahrten auf die öffentlichen Straßen zur Baustelle sind stets sauber zu halten. Bei Verschmutzungen sind die öffentlichen Straßen sofort zu reinigen.

0.1.2 Besondere Belastungen

- keine besonderen Anmerkungen -

0.1.3 Vorhandene Anlagen

0.1.3.1 Bahnkörper

VzG-Strecke 4020:

Im vorliegenden Abschnitt befindet sich die 2-gleisige elektrifizierte Strecke 4020 in Geländenniveau, bzw. in leichter Dammlage.

VzG-Strecke 4280:

Die zweigleisige Neubaustrecke 4280 liegt im Bereich des Abzweig Bashaide (Streckenbeginn) auf Geländenniveau, verläuft nach Verlassen der Bestandstrasse und im betrachteten Bereich in einer Einschnittlage.

Unter der PSS befindet sich eine 30 cm dicke Zementverfestigung.

0.1.3.2 Tunnel

Der Tunnel Rastatt (Strecke 4280) einschl. der unmittelbar angrenzenden Trogbauwerke ist im Roh- und Ausbau weitestgehend fertiggestellt und nicht Gegenstand dieser Ausschreibung.

Der Tunnel besteht aus zwei eingleisigen Röhren. Das Nordportal befindet sich in NBS-km 94,9+16. Das Trogbauwerk schließt an den Bauabschnitt 4 der Freien Strecke an (NBS-km 94,0+46) und endet am Nordportal.

0.1.3.3 Bahnübergänge

- entfällt -

0.1.3.4 Ingenieurbauwerke

In den unmittelbaren Baubereichen sind folgende Ingenieurbauwerke vorhanden:

Strecke	Bahn-km	Bauwerk
4020	63,2+36	SÜ „L605“
4020	63,2+27	EÜ „Malscher Landgraben“
4020	70,7+13	SÜ WiWeg-Überführung „Bashaide“
4280	85,7+42	Signalausleger
4280	87,3+75	SÜ „Triftstraße“ über NBS und B 36 (neu)
4280	88,0+54	EÜ über den Förderbandstollen der Fa. Stürmlinger
4280	88,5+34	SÜ „Leonharder Weg“ über NBS und B 36 (neu)
4280	89,0+13	SÜ „L 608 Malscher Straße“ über NBS und B 36 (neu)
4280	90,4+89	SÜ „Ettlinger Weg“ über NBS und B 36 (neu)
4280	91,1+40	SÜ WiWeg-Überführung „Malscher Straße“ über NBS und B 36 (neu)
4280	91,9+13	SÜ „K3737“ über NBS und B 36 (neu)
4280	92,7+80	SÜ WiWeg-Überführung „Silbergrund“ über NBS und B 36 (neu)
4280	93,5+10	SÜ „K3718“ über NBS und B 36 (neu)

0.1.3.5 Schallschutzwände (Lärmschutzanlagen)

An der VzG-Strecke 4280 sind folgende Schallschutzwände vorhanden.

Bahn-km	SSW (Lage)	Lage	Länge	Höhe
86,1+96 - 86,9+56	SSW 1 - Wand an der NBS (westlich)	bahnrechts	760 m	6 m ü. SO
86,9+56 - 87,1+86	SSW 2 - Wand an der NBS (westlich)	bahnrechts	230 m	5 m ü. SO
87,1+86 - 89,7+86	SSW 3 - Wand an der NBS (westlich)	bahnrechts	2600 m	4 m ü. SO
90,1+86 - 91,1+86	SSW 4 - Wand an der NBS (westlich)	bahnrechts	1000 m	4 m ü. SO
91,1+86 - 93,5+86	SSW 5 - Wand an der NBS (westlich)	bahnrechts	2400 m	3 m ü. SO

Der Regelabstand der Pfosten beträgt 5,00 m im Bereich der freien Strecke und 2,50 m im Bauwerksbereich. Die SSW haben einem Regelabstand von 3,80 m zur benachbarten Gleisachse.

Die SSW bestehen aus Pfosten mit zwischengesetzten, austauschbaren Elementen aus Stahlbeton. Die Gründungen sind mit Rammrohren ausgeführt.

In den SSW sind im Regelabstand von 500 m Fluchttüren (1,60 m x 2,20 m). Von den Fluchttüren zur B 36 sind Zuwegungen einschl. Böschungstreppen mit beidseitigen Handläufen, die entsprechend der Türbreite ebenfalls 1,60 m breit sind.

Die SSW haben zur Erdung durchgängig ein Prellrohr. Im Bereich der OL-Mastumfahrungen sind die SSW-Pfosten an die OL-Maste mit einem Erdungsanschluss verbunden, so dass der Erdungsanschluss an das Gleis über den OL-Mast erfolgt. Im Bereich von Kettenwerksabspannungen ist zusätzlich noch ein Prellrohr an der Wandoberkante angeordnet.

0.1.3.6 Oberbau

VzG-Strecke 4020:

Die bestehende Strecke 4020 hat einen Schotteroberbau der Bauform W 60 - 1667 - B70, der im Jahre 2009 weitgehend erneuert wurde.

VzG-Strecke 4280:

Alle Gleise haben Schotteroberbau.

Die durchgehenden Hauptgleise haben folgende Oberbauform:

W 60 - 1667 - B07 (Schienen 60 E2, Betonschwellen B 07 W mit W 21 K 1000).

Das Überholgleis im Übf Kreuzacker hat folgende Oberbauform:

W 54 - 1667 - B70 (Schienen 54 E4, Betonschwellen B 70 W mit W 14 K 686a / 687a).

0.1.3.7 Hochbauten

- keine besonderen Anmerkungen -

0.1.3.8 Personenverkehrsanlagen

- keine besonderen Anmerkungen -

0.1.3.9 Straßen und Wege

Der Baubereich an der Str. 4020, km 62,8 bis km 63,3 ist über öffentliche Straßen, im Besonderen die Gebrüder-Bachert-Straße, zu erreichen.

Rechts der Str. 4280 (westlich) und parallel dazu verläuft etwa auf halber Einschnittstiefe die Bundesstraße 36, links der Bahn (östlich) an der Oberseite des Einschnittes ein Wirtschaftsweg. Weiterhin zweigen von diesem Wirtschaftsweg am Anfang und Ende des Überholgleises Abfahrtsrampen zum Bahnkörper ab. Diese enden im Bereich der Überleitverbindungen Nord und Süd (zwischen Gleis und Gegengleis).

Die Wirtschaftswege entlang der Str. 4280 sind über die in Kapitel 0.1.3.4 genannten Straßenüberführungen an das übergeordnete Straßennetz angebunden.

Die öffentlichen Straßen, die Wirtschaftswege sowie die Auffahrtsrampen zum Bahnkörper sind jeweils mit Schutzplanken zu den Gleisen hin gesichert.

0.1.3.10 Tiefbau

Die Strecken 4020 und 4280 befinden sich auf einem Erdkörper. Die Strecke 4280 hat darüber hinaus eine PSS KG1. Seitlich schließen KG2-Keile nach Ril 836.4101, Bild 1 an.

Im Baubereich existieren zur Aufnahme der Kabel für die Streckenausrüstung (Signalisierung, Oberleitung, Telekommunikation) umfangreiche Kabelgefäßsysteme, die überwiegend aus Betonkabelkanälen und Gleiskreuzungen in Rohrzügen bestehen.

Zwischen den durchgehenden Hauptgleisen und dem Überholgleis „Kreuzacker“ befinden sich Entwässerungsleitungen, die den Gleisoberbau in Richtung Versickerschächte entwässern. Des Weiteren sind links und rechts des Gleiskörpers Bahngräben angeordnet.

0.1.3.11 Anlagen der Leit- und Sicherungstechnik

Die signaltechnischen Anlagen sind mit ESTW-Technik (EL 90) umgesetzt.

Das ESTW-A Dammerstock befindet sich bahnlinks an Str. 4020 bei km 62,950 und ist in die ESTW-UZ Rastatt und in den Steuerbezirk 7 der Betriebszentrale Karlsruhe integriert. Für die Signalisierung wird das KS-System verwendet (bedient durch BZ Karlsruhe FDL 1 Karlsruhe Gbf). Zur Gleisfreimeldung wird die elektronische Achszähltechnik verwendet. Im Baustellenbereich befinden sich die Vorsignale 43V371 und 43V372. Diese gehören zu den Einfahrsignalen G371 und G372 des Karlsruhe Hbf (Siemens 60 Stellwerk; zuständig FDL Karlsruhe Hbf West 1). Der Bahnübergang Bulach (Petergraben) der Strecke 4214 km 3,511 ist mit Halbschranken gesichert und wird über das ESTW-A Dammerstock gesteuert. Einschaltkontakte und die fahrwegabhängige Ansteuerung sind technisch gesichert.

Der Stellbereich des ESTW-A Bashaide umfasst als Betriebsstellen den Bahnhof Forchheim (b. Karlsruhe) mit der Betriebsstellenabkürzung RFM (nach Ril 100) und die Abzweigstelle Bashaide (RBAS). Die signaltechnischen Anlagen werden in die ESTW-UZ Rastatt und in den ETCS-Steuerbezirk 14 (alt: 7; neu: 14) der Betriebszentrale Karlsruhe integriert. Die Innenanlagen sind in einem Modulgebäude bei km 71,254 der Strecke 4020 eingebaut.

Die Strecken sind mit elektronsicher Achszähltechnik und PZB 90 ausgerüstet.

Zum Einsatz kommen LED-Signale des Kombinationssignalsystem mit Vor-, Haupt- und Mehrabschnittssignalisierung in Kombination mit Zusatzanzeigern und Rangiersignalen. Alle alleinstehenden Vorsignale werden mit den mindestens erforderlichen drei Vorsignalbaken (Ne 3) angekündigt. Es ist für die Anordnung hoher Signale einheitlich die Rammrohrgründung, große Bauform umgesetzt. Ausnahme bilden niedrige Lichtsperrsignale, welche mit Betonfertigteiltfundamenten gegründet sind.

Im Bestand sind Innenschlüsselsperren und Baugleissperren umgesetzt.

Im ESTW-A Bashaide sind galvanische Trennungen bei den Signalen und Achszählern umgesetzt.

Die Streckengeschwindigkeit der Strecke 4020 beträgt 160 km/h, diese wird im Bereich der Abzw. Karlsruhe-Dammerstock durch im Bestand vorhandene Lf 7, Kz 16, angezeigt.

Das ESTW-A Kreuzacker an der Str. 4280 befindet sich aktuell im Aufbau und in der Ausrüstung. Die Außenanlage und das Umfeld des Modulgebäudes ist weitestgehend fertiggestellt. Für die Signalanlagen sind bereits die Gründungen errichtet, die Signale selbst sind jedoch noch nicht aufgestellt. Dies geschieht im Frühjahr 2026

0.1.3.12 Anlagen der Telekommunikation

Im Bereich der Anbindung an die Bestandsstrecke 4020 ESTW-A Bashaide und 4280 ESTW-A Kreuzacker sind Modulgebäude mit der zum Betrieb der Stellwerke erforderlichen TK-Infrastruktur vorhanden.

Folgende TK.-Systemtechniken sind in den Modulgebäuden vorhanden

- Kabelinfrastruktur Kupfer
- Kabelinfrastruktur LWL
- Stromversorgung TK 48 V
- Übertragungstechnik
- Meldeanlagen Systeme DBMAS / MAS 90
- Einbruchmeldeanlage
- Brandmeldeanlage

0.1.3.13 Elektrotechnische Anlagen für Bahnstrom

Im Bau- und Planungsbereich der Strecke 4020 befindet sich eine Oberleitungsanlage der Bauart Re200. Die Anlage wurde unter Verwendung von Einzelmasten mit Einzel- oder Mehrgleisauslegern ausgeführt. Die Tragmasten sowie Abspannmasten sind aus Stahl in Form von Stahlprofilaufsetzmasten, Flachmasten und Aufsetzwinkelmasten, welche überwiegend auf Ramppfahl- und Ramm-/Bohrrohrfundamenten gegründet sind. An einzelnen Standorten wurden auch Block- bzw. Stufenfundamente eingesetzt. Die Regelfahrdrahthöhe beträgt 5,50m. Im Bereich der SÜ L605/SÜ Im Weiherfeld bei ca. km 63,2 wurden die Kettenwerke aufgrund der geringen Bauwerkshöhe abgesenkt.

Bei ca. km 62,8 steht das Uw Karlsruhe, welches alle angrenzenden Strecken mit Bahnenergie versorgt. Im Teilbereich zwischen dem Abzw. Dammerstock und dem Abzw. Bashaide werden neben dem Gleis Bashaide – Forchheim – Karlsruhe zwei Bahnenergieleitungen mitgeführt. Deren Inbetriebnahme erfolgte in 12/2025. Die elektrische Beschaltung der Oberleitungsanlage an den Betriebsstellen Dammerstock, Forchheim und Bashaide erfolgt durch örtlich errichtete Fernwirkanlagen der DB Energie. Die Ausfädelung der Neubaustrecke 4280 erfolgt am Abzweig Bashaide. Die Oberleitungsanlage der Strecke ist als Bauart Re250 ausgeführt, wobei der Bauartwechsel im Bereich einer fünffeldrigen Streckentrennung im Bereich Bashaide erfolgt. Der erste Teilbereich zwischen dem Abzweig Bashaide und ca. km 86,5 bereits fertiggestellt und zugeschaltet. Der weitere Bereich in Richtung Rastatt-Süd mit den Kernelementen Übf Kreuzacker, Tunnel Rastatt und Abzw. Rastatt-Süd befindet sich aktuell in Realisierung. Die Arbeiten erfolgen vom Gleis aus. Die Zuschaltung ist für Juni 2026 vorgesehen.

Im Bereich der Bahnhöfe und Abzweige wurde die Oberleitungsanlage in entsprechende Schaltabschnitte eingeteilt, welche mittels Schaltern nach Zustimmung des Fahrdienstleiters und der Zes. bedient werden können. So können einzelne Schaltgruppen oder freie Strecken für Baumaßnahmen abgeschaltet werden.

0.1.3.14 Elektrotechnische Anlagen für Licht- u. Kraftstrom

Elektrotechnische Anlagen befinden sich überwiegend an den Betriebsstellen, da dort auch eine Häufung der betriebsnotwendigen Verbraucher zu finden ist.

Im Bereich des Abzweigs Dammerstock befindet sich neben dem Richtungsgleis Forchheim – Karlsruhe eine elektrische Weichenheizungsanlage. Aufgrund der Nähe zum

Unterwerk handelt es sich um eine 50Hz Anlage. Die zugehörige Datentechnische Anbindung erfolgt aus dem ESTW-A Dammerstock. Sämtliche Anbindungen wurden über die bestehenden Kabelführungssysteme realisiert.

Im Bereich des Übf Kreuzacker werden aktuell das ESTW-A Kreuzacker samt einspeisendem 1. Und 2. Netz realisiert. Zeitgleich erfolgt der Aufbau der beiden Weichenheizungsanlagen W1 und W2 sowie die Anbindung einer nördlich gelegenen Heißläuferortungsanlage. Die Inbetriebnahme der Energieversorgungsanlagen erfolgt sukzessive. Auch hier befinden sich die Betriebserden an den Gleisen.

0.1.3.15 Maschinentechnische Anlagen

- keine besonderen Anmerkungen -

0.1.3.16 Kabel und Leitungen Dritter

Folgende Leitungen Dritter queren den Bahnkörper in Bereich dieser Teilmaßnahme:

- Str. 4020 km 63,2+00: Wasserleitung
- Str. 4280 km 89,7+50 Hochspannungs-Freileitung (20 bis 220 kV) mit Abstand der Leitung zur SO >12 bis 20 m
- Str. 4280 km 91,1+63: Wasserleitung
- Str. 4280 km 91,9+59: Gashochdruck-, Elektro- und Abwasserleitung

Der AN hat rechtzeitig vor Baubeginn eine Leitungsanfrage bei sämtlichen betroffenen Leitungsträgern durchzuführen. Die entsprechenden Schutzanweisungen hat der AN bei seinen Arbeiten einzuhalten.

Im Baufeld liegende Leitungen sind während der Baumaßnahmen bei Bedarf zu sichern.

0.1.3.17 Sonstige bauliche Anlagen und bauliche Anlagen Dritter

- keine besonderen Anmerkungen -

0.1.3.18 Sonstige Anlagen der Ausrüstung

- keine besonderen Anmerkungen -

0.1.4 Verkehrsverhältnisse

Gleisgebunden:

VzG-Strecke 4020:

Der betroffene Abschnitt befindet sich an der Strecke 4020, Karlsruhe – Rastatt, die im Regelbetrieb mit einer Streckengeschwindigkeit von 160 km/h befahren wird. Die betrieblichen Verhältnisse stellen sich wie folgt dar:

- Zugbelastung: Mo-Sa 90 Züge/Richtung, Sonntag 75 Züge/ Richtung.
- Betriebsruhe: keine

Für die Durchführung der Maßnahmen sind Sperrpausen gem. Anlage 3.15 angemeldet.

VzG-Strecke 4280:

Die Strecke 4280 ist zum Ausführungszeitpunkt noch nicht in Betrieb. Es finden jedoch vereinzelte Transportfahrten und gleisgebundene Bauarbeiten statt.

Straßengebunden:

Die unter 0.1.3.9 genannten Straßen und Wege können zur Andienung des Baufeldes genutzt werden. Die öffentlichen Straßen, die Wirtschaftswege sowie die Auffahrampen zum Bahnkörper sind jeweils mit Schutzplanken zu den Gleisen hin gesichert. Sie sind durchgängig bituminös befestigt. Die Wirtschaftswege sind ca. 3,00 m breit und besitzen keine Ausweichstellen.

Sperrungen, auch Teilsperren von Straßen und Wegen sind für die ausgeschriebenen Arbeiten vsl. nicht erforderlich.

Der AG übernimmt keine Gewähr in Bezug auf die Verfügbarkeit und die Nutzungsmöglichkeit öffentlicher Verkehrswege und -flächen außerhalb des vertraglichen Leistungsbereiches, insbesondere in Bezug auf die Nutzung von Über- und Unterführungen für vom AN vorgesehene Schwerlastverkehre.

0.1.5 Freizuhaltende Flächen

Baustellenflächen des Gesamtprojektes Tunnel Rastatt, die nicht zur ausgeschriebenen Maßnahme gehören, sowie Baustellenflächen der Gesamtmaßnahmen im Bereich der Zu- und Abfahrten zur Baustelle und die Zu- und Abfahrten selbst sind für die Nutzung durch andere an der Realisierung der Gesamtmaßnahme beteiligter Bauunternehmen freizuhalten.

Die Zugänglichkeit aller Wirtschaftswege sowie der landwirtschaftliche Verkehr auf diesen Wegen ist uneingeschränkt zu gewährleisten. Auch die im Zuge der Maßnahme als zu Baustraßen umgebauten Wirtschaftswege sind jederzeit für den landwirtschaftlichen Verkehr nutzbar zu halten.

Außerdem müssen die Bahnbetriebsanlagen jederzeit zugänglich bleiben. Das Lichtraumprofil der in Betrieb befindlichen Gleisanlagen ist jederzeit uneingeschränkt freizuhalten. Ohne genehmigte LA-Stelle auf dem Betriebsgleis ist zusätzlich der Sicherheitsraum freizuhalten; der Abstand muss dann mind. 3,30 m betragen.

0.1.6 Transportwege

Der Tarifpunkt für die Übergabe von Oberbaustoffen durch den AG ist Karlsruhe Gbf. Die Logistik für den Transport zur Baustelle obliegt dem AN.

Die Wahl der straßengebundenen Transportwege obliegt dem AN.

0.1.7 bleibt frei

0.1.8 bleibt frei

0.1.9 Baugrund

- keine besonderen Anmerkungen -

0.1.10 Hydrologie

- keine besonderen Anmerkungen -

0.1.11 Besondere umweltrechtliche Vorschriften/Hinweise

Bei der Entsorgung sind insbesondere folgende Gesetze, Vorschriften und Hinweise in der aktuell gültigen Fassung zu berücksichtigen:

- Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG)
- Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG); ehemals Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG)
- Entsorgungsfachbetriebeverordnung (EfbV)
- Abfallverzeichnis-Verordnung (AVV)
- Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV)
- Deponieverordnung (DepV)
- Gewerbeabfallverordnung
- Handlungshilfe des Umweltministeriums Baden-Württemberg für Entscheidungen über die Ablagerbarkeit von Abfällen mit organischen Schadstoffen
- Nachweisverordnung (NachwV) inkl. Umsetzung des elektronischen Abfallnachweisverfahrens (eANV)
- Transportgenehmigungsverordnung (TgV)
- Verordnung über Anforderungen an den Einbau von mineralischen Ersatzbaustoffen in technische Bauwerke (Ersatzbaustoffverordnung – ErsatzbaustoffV)
- Altholzverordnung (AltholzV)
- RuVA-StB 01-2005
- LUBW Steckbrief „Bituminöser/teerhaltiger Straßenaufbruch“ inkl. mitgeltender Unterlagen
- Vollzugshilfe zu § 12 BBodSchV der Länderarbeitsgemeinschaft Boden (LABO)
- LAGA PN 98: Richtlinie für das Vorgehen bei physikalischen, chemischen und biologischen Untersuchungen im Zusammenhang mit der Verwertung/Beseitigung von Abfällen
- Die Nebenbestimmungen der Planfeststellung sowie der zu Grunde liegende Landschaftspflegerische Begleitplan sind einzuhalten (s. auch Kap. 0.1.13 und 0.1.14)

0.1.12 Besondere Vorgaben für die Entsorgung

0.1.12.1 Abfall

Die Regelungen von Bau- und Abbruchabfällen im Bauvorhaben und der Umgang mit diesen wird unter Punkt 0.2.15 beschrieben.

0.1.12.2 Abwasser

Im Baubereich gelten die aktuellen Regelungen zum Umgang mit dem vom Bauvorhaben betroffenen Grundwasser, Niederschlagswasser sowie auch zu Altlastenflächen, von denen das Grundwasser beeinflusst ist.

Bei Grundwasserentnahmen sind die entsprechenden Antragsunterlagen rechtzeitig, spätestens **12** Wochen vor **Baubeginn** vom AN, bei der zuständigen Wasserbehörde (bei

Grundwasserentnahmen im Zuge der Errichtung/Änderung/Unterhaltung von Eisenbahnbetriebsanlagen ist zuständige Wasserbehörde das EBA, aktuell Referat 52/Sachbereich 6; bei Grundwasserentnahmen im Zuge der Durchführung von planfestgestellten/plangenehmigten Vorhaben, sind entsprechende Anträge an den Sachbereich 1 der jeweiligen Außenstelle des EBA zu richten) einzureichen und deren Zustimmung einzuholen. Der AG erhält **vor** Einreichung eine Ausfertigung der Unterlagen.

Die bei Wasserhaltungen abzupumpenden Wässer müssen u. a. gemäß den Auflagen der zuständigen Behörde, auf ihre Wasserqualität hin untersucht werden. Bei festgestellten Grundwasserverunreinigungen ist mittels entsprechender Anlage auf vorgegebene Grenzwerte zu reinigen. Während des Betriebes der Wasserhaltung ist durch den AN ein Wasserbuch zu führen. Dieses muss alle relevanten Informationen zum Betrieb der Wasserhaltung, wie z. B. die kontinuierliche Fördermengenerfassung, Ableitung, Beprobungen, Wechsel von Wassermengenmesseinrichtungen, Grundwasserstände, Absenkmaße und besondere Vorkommnisse beim Betrieb der Wasserhaltung beinhalten.

0.1.13 Schutzgebiete oder Schutzzeiten

Gebietsschutz

Ab der L 605 (Str. 4020 km 63,2+36) in Richtung Süden befindet sich das Wasserschutzgebiet der Stadt Karlsruhe, Kastenwört Zone IIIB. Die Baumaßnahme an der Str. 4280 befindet sich teilweise im Wasserschutzgebiet (WSG) Zone IIIB „Rheinwaldwasserwerk 43“. Die Auflagen der Schutzgebietsverordnung (Anlage 3.6) sind zu beachten. Weitere Schutzgebiete (Landschaftsschutzgebiet, Naturschutzgebiet, Natura 2000- Gebiet, Naturdenkmal, nach § 30 geschütztes Biotop) sind im Baubereich nicht bekannt.

Um sicherzustellen, dass die umfangreichen Auflagen des Natur- und Artenschutzes eingehalten werden, wurde eine umweltfachliche Baubegleitung installiert. Sowohl die Baustelle als auch BE-Flächen müssen vor der Nutzung durch den AN von der umweltfachlichen Baubegleitung freigegeben werden.

Sollten sich in der Bauphase geschützte Arten im Baufeld ansiedeln, ist die UBB umgehend zu informieren.

Generell müssen die gesetzlich vorgegebenen Fristen zum Rückschnitt, Fällen oder Rodung von Gehölzen sowie Brombeergestrüpp beachtet werden. Diese Arbeiten sind nur im Zeitraum von Anfang Oktober bis Ende Februar erlaubt.

Lärmschutz

Zur Reduzierung der Lärmemissionen während der Bauphase sind geräuscharme Baumaschinen nach dem aktuellen Stand der Technik zu verwenden.

Die Ausführung der Vertragsleistung muss teilweise am Wochenende bzw. in Nachtstunden erfolgen. Genehmigungen von Behörden liegen in diesem Zusammenhang noch nicht vor (z.B. Nacht- /Sonntags- oder Feiertagsarbeit). Zur Beantragung sind Angaben erforderlich, die vom AN im Rahmen der übertragenen Planungs- bzw. Ausführungsleistungen nach Maßgabe der vertraglichen Vorgaben zu erarbeiten und inhaltlich von ihm zu konkretisieren sind (z. B. Wahl der eingesetzten Maschinen).

Für Arbeiten in geschützten Zeiten sind nach geltendem Landesrecht Ausnahmegenehmigungen, Anzeigen etc. erforderlich. Der AN hat unter Beachtung des geplanten Bauablaufes, der anzuwendenden Bauverfahren und des geplanten Maschineneinsatzes, mindestens 4 Wochen vorher, bei den zuständigen Stellen erforderliche Ausnahmen zu beantragen und die rechtzeitige Erlangung der notwendigen Genehmigungen zu verfolgen bzw. die relevanten Bauarbeiten anzuzeigen.

Die entsprechenden Aufwendungen sind über die Position „Abstimmung / Einholung von Genehmigungen“ abzurechnen.

0.1.14 Schutzmaßnahmen

Allgemeine Richtlinien zur Vermeidung und Minimierung von Beeinträchtigungen.

Bei strikter Anwendung folgender Richtlinien können baubedingte Beeinträchtigungen auf ein Minimum reduziert bzw. ganz vermieden werden:

- DIN 18.920: Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen
- VDI 2.550: Lärmaabwehr im Baubetrieb und bei Baumaschinen (Richtlinie des Vereins Deutscher Ingenieure)
- Bundesnaturschutzgesetz (§ 39 - Allg. Schutz der Pflanzen und Tiere)
- Richtlinien für die Anlage von Straßen (RAS) Teil: Landschaftsgestaltung (RAS - LG) Abschnitt 4: Schutz von Bäumen und Sträuchern im Bereich von Baustellen
- Erhaltung fruchtbaren und kulturfähigen Bodens bei Flächeninanspruchnahmen Heft 10 der Reihe Luft, Boden, Abfall des Umweltministeriums Bad.-Württ. (1991)

Belange des Boden- und Denkmalschutzes:

- Das Entsorgungskonzept ist vor Beginn der Arbeiten zu erstellen und der Fachbehörde vorzulegen.
- Bodenarbeiten haben nach DIN 18300 Erdarbeiten und DIN 18915 Bodenarbeiten zu erfolgen.
- Oberboden darf gemäß Tabelle 2 sowie Bild 2 in der DIN 19639 nur bei hinreichend trockenen Bedingungen ohne zusätzliche technische Maßnahmen direkt befahren werden. Bei nicht hinreichend trockenen Bodenverhältnissen sind technische Maßnahmen wie der Einsatz von Lastverteilungsplatten vorzusehen
- Freigelegter Unterboden darf grundsätzlich nicht direkt befahren werden, sofern dieser nicht sehr steinreich ist (min. 75 % Grobbodenanteil, Festlegung vor Ort durch die UBB) oder direkt dem Festgestein- bzw. Festgestein-Verwitterungshorizont aufliegt.
- Für Erdarbeiten wie Aushub, Zwischenlagerung und Wiedereinbau gelten analog zur Befahrung die Vorgaben nach Tabelle 3 sowie Bild 2 der DIN 19639.
- kein Einbau standortfremder Böden. Dies ist in Abstimmung mit der UBB und den Fachgutachtern abzustimmen
- Bodenaushub ist sorgfältig in Ober- und Unterboden zu trennen, separat zu lagern und nach Abschluss der Maßnahme, wo möglich, wieder einzubauen
- Herstellung von Ober- und Unterbodenmieten auf dem anstehenden Oberboden (d.h. kein Abziehen des Oberbodens vor Unterbodenauftrag)
- Max. Mienenhöhe 2,0 m für Oberboden
- Trapezartige Ausbildung der Mieten
- Die Profilierung hat lediglich durch leichtes Andrücken der Mietenflächen zu erfolgen, ohne die Oberflächen zu verschmieren (kein Glattziehen). Auf ein Andrücken bzw. Profilieren der Mieten kann auch verzichtet werden, da sich hierdurch die anschließende Begrünung erleichtert. Die glatte, formschöne Miete wirkt lediglich

optisch ansprechend, bewirkt aber nicht zwangsläufig eine fachgerechte Lagerung des Oberbodens. Pflegeschnitte im Nachgang müssen jedoch grundsätzlich gewährleistet werden

- Bei einer geplanten Lagerungsdauer von > 2 Monaten sind die Mieten unmittelbar nach Fertigstellung mit geeignetem Saatgut zu begrünen. Es sind grundsätzlich stark wasserzehrenden und je nach Lagerungsdauer mehrjährige Pflanzen anzusäen (z.B. Luzerne, Klee und Gras). Eine Begrünung kann auch im Herbst oder Winter mit geeignetem Wintersaatgut erfolgen. Zur Begrünung der Mieten wird auf die DIN 19639 und die DIN 18915 (Vegetationstechnik im Landschaftsbau - Bodenarbeiten) verwiesen. Eine Selbstbegrünung der Mieten ist nicht zielführend.
- Mietenpflege: Die begrünten Mieten sind regelmäßig zu mähen (mindestens 1 Mal/Jahr, Entfernen des Schnittguts), bei trockener Witterung nach der Ansaat zu bewässern und bedarfsweise nach Anweisung der UBB nachzusäen.
- Vor der Begrünung ist ggfs. eine Auflockerung oder ein Aufräumen der Mietenflanken erforderlich, damit das aufgebrachte Saatgut nicht direkt zum Böschungsfuß rollt oder bei Regen abgewaschen wird. Bei der Zwischenlagerung ist das Bodenmaterial wirksam vor Verdichtungen und Vernässungen zu schützen.
- Der Boden ist im Bereich von baubedingten Verdichtungen aufzulockern und vegetationsfähig wiederherzustellen.
- Verhinderung von Schadstoffeinträgen in den Boden und das Grundwasser (insbes. Kraftstoffe und Öl) durch entsprechende Auflagen über die Baustelleneinrichtung und das Verhalten während der Bauphase.
- Bei einer eventuellen Zwischenlagerung von Aushubmaterial ist gemäß Punkt 0.2.15.8 zu verfahren.

Natur- und Artenschutz:

Streng geschützte Arten (Amphibien und Reptilien) können nicht ausgeschlossen werden. Sollten sich in der Bauphase geschützte Arten im Baufeld ansiedeln, ist die ökologische Bauüberwachung umgehend zu informieren.

Grundsätzlich sind Wasserflächen (z.B. aus Regenereignissen) zu vermeiden, da so artenschutzrechtliche Konflikte ausgeschlossen werden können. Sollten Pfützen im Zeitraum zwischen April und August entstehen sind diese durch die UBB zu kontrollieren und ggf. Tiere umzusetzen.

Die Baufeldfreimachung in Form von Oberbodenabtrag darf nur in Abstimmung mit der ökologischen Bauüberwachung erfolgen, damit wird verhindert, dass es zu Eingriffen in Lebensräumen / Brutstätten von artenschutzrechtlich geschützten Tieren und somit zu einem Verstoß gegen § 44 BNatSchG kommt.

Bei erforderlichen Rodungsarbeiten sind die Gehölze manuell zu entfernen und von den Flächen zu beseitigen. Fahrzeuge für den Transport dürfen nur vorhandene Wege nutzen.

Die Arbeiten sollen vor Beginn der Arbeiten (Abstecken der Baufelder) mit der Umweltfachlichen Baubegleitung abgestimmt werden. Der Rückschnitt der Gehölze um die Eingriffsbereiche bzw. BE-Flächen darf erst nach Einweisung durch die umweltfachliche Bauüberwachung erfolgen. Allgemein gilt, dass für Rückschnitte außerhalb der gesetzlichen Rückschnittzeit in Abstimmung mit dem Vorhabensträger und der UBB bei der zuständigen Behörde ein Antrag auf Befreiung von der gesetzlichen Rückschnittzeit erforderlich ist.

Sollte auf dem Baufeld Japanischer Staudenknöterich oder eine andere neophytische Pflanzenart (z.B. kanadisches Springkraut) festgestellt werden, ist die Vorhabenträgerin und die UBB zu informieren und die Behandlung abzustimmen.

Des Weiteren ist Kap. 0.1.3.17 zu beachten.

Gewässerschutz:

Nachteilige Auswirkungen auf das Schutzgut Grundwasser, welche sich aus dem Baubetrieb ergeben, sind auszuschließen.

Verhinderung von Schadstoffeinträgen in den Boden, das Grundwasser und Fließgewässer (insbes. Kraftstoffe und Öl sowie Bauwasser) durch entsprechende Auflagen über die Baustelleneinrichtung und das Verhalten während der Bauphase. Werden durch unsachgemäßen Umgang mit wassergefährdenden Betriebsmitteln etc. Schadstoffe freigesetzt, sind angemessene Maßnahmen zur Beseitigung der ggf. vorhandenen Bodenkontamination einzuleiten und so ein Eindringen der Schadstoffe in das Grundwasser sowie die Oberflächengewässer zu verhindern. Die zuständige Wasserbehörde ist sofort zu informieren.

Während der Bauarbeiten ist äußerste Sorgfalt beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen zu wahren. Insbesondere ist darauf zu achten, dass keine Schmier- bzw. Treibstoffe in den Untergrund oder das Grundwasser sowie die Oberflächengewässer gelangen.

Landschaftspflegerische Begleitplanung (LBP):

Parallel zum Wirtschaftsweg an der Böschungsschulter zur NBS-Trasse befinden sich „Grubberstreifen“ (Ausgleich für Amphibien). Ein evtl. Eingriff in diese Flächen ist mit der UBB abzustimmen.

0.1.15 bleibt frei

0.1.16 bleibt frei

0.1.17 Hindernisse

Hindernisse stellen die unter 0.1.3 beschriebenen vorhandenen Anlagen dar.

0.1.18 Kampfmittel

Im Vorfeld der bodeneingreifenden Maßnahmen wurde für den Bereich der Baustelle ein Kampfmittelverdacht festgestellt. Die Bewertung der Luftbilddatenbank hat ergeben, dass ein Kampfmittelverdacht besteht und weitergehende kampfmitteltechnische Maßnahmen erforderlich sind.

Aufgrund dieses Verdachtes erfolgten kampfmitteltechnische Arbeiten.

Es wird bestätigt, dass die DB InfraGO AG als Bauherrin, die im Bundesland Baden-Württemberg geltenden Anforderungen zur Klärung eines Kampfmittelverdachts durchgeführt hat.

Nach Abschluss der kampfmitteltechnischen Arbeiten erklärte das beauftragte Fachunternehmen die kampfmitteltechnische Freigabe ohne Einschränkungen.

Der entsprechende Räumbericht des beauftragten Fachunternehmens wird dem AN vor Ausführung der jeweils betroffenen Leistungen auf Anforderung zur Verfügung gestellt.

0.1.19 Baustellenverordnung

- keine besonderen Anmerkungen -

0.1.20 Auflagen Dritter

- keine besonderen Anmerkungen -

0.1.21 bleibt frei

0.1.22 Vorarbeiten des AG

- keine besonderen Anmerkungen -

0.1.23 Arbeiten anderer Unternehmer

Folgende andere Unternehmer sind zeitgleich im Bereich der Baustelle tätig:

- AN_{OLA},
Montage Fahrleitung entlang der Freien Strecke
- AN_{LST},
Kabelmontage entlang der Freien Strecke, Aufstellen der Signale
- AN_{TK},
Kabelzugarbeiten entlang der Freien Strecke
- AN_{KIB},
Abbruch und Erneuerung Berührungsschutzanlagen an SÜ L605/Bashaide/K3737 (siehe Kapitel 0.1.3.4)
- AN_{Schienen},
Schienenschleifen der Weichenverbindungen
- AN_{HOA},
Tiefbau und Ausrüstungstechnik für 2 Heißläuferortungsanlagen
- AN_{Grünpflege},
Rückschnitte im Baubereich während des Bauablaufs
- AN_{Bauüberwachung},
- AN_{Sicherung},
- AN_{SiGeKo},
- AN_{Umweltfachliche Baubegleitung}

Eine fortlaufende, gewerkeübergreifende Abstimmung der einzelnen Arbeiten im Vorfeld und während der Ausführung ist unerlässlich.

Der AN muss sich mit den weiteren im Baufeld tätigen AN so koordinieren, dass weder für seine noch für die im Baufeld tätigen AN Behinderungen entstehen.

Vorgenannte Angaben schließen anderweitige Maßnahmen Dritter im Baubereich nicht aus.

0.1.24 Besondere Auflagen

Soweit in der Leistungsbeschreibung auf Technische Spezifikationen, z.B. nationale Normen, mit denen Europäische Normen umgesetzt werden, europäische technische Zulassungen, gemeinsame technische Spezifikationen, Internationale Normen, Bezug genommen wird, werden auch ohne den ausdrücklichen Zusatz: „oder gleichwertig“ immer gleichwertige Technische Spezifikationen in Bezug genommen.

0.2 Angaben zur Ausführung

0.2.1 Bauablauf

Der geplante Bauablauf ist dem Rahmenterminplan des AG gem. Anlage 3.1 zu entnehmen.

Für die Durchführung von Arbeiten im Gefahrenbereich der Betriebsgleise sind Sperrpausen erforderlich. Die angemeldeten Sperrzeiten für die Baumaßnahmen sind in der Anlage 3.15 ggf. einschließlich Bauphasenkonzept aufgelistet.

Veränderungen der angemeldeten Sperrpausen sind nicht zulässig. Ein eventueller Bedarf von zusätzlichen Sperrpausen kann nur in Ausnahmefällen mit einem Vorlauf von mindestens 33 Wochen angemeldet werden. Ein Anspruch des AN auf Gewährung zusätzlicher Sperrpausen besteht nicht.

Ist bei den Bauarbeiten der Eisenbahnbetrieb gefährdet oder behindert, muss das betroffene Gleis bzw. der Arbeitsraum durch den Auftraggeber gesperrt oder entsprechend gesichert werden.

Für diese Bauarbeiten sind zwingend Betriebs- und Bauanweisungen (Betren) erforderlich. Der jeweilige Betra-Antrag wird unter Angabe der Örtlichkeit und der geplanten Maßnahme durch die örtliche BÜW gestellt. Der AN hat jeweils alle notwendigen Angaben rechtzeitig (mindestens 10 Wochen vorher) zu liefern und bei der Antragstellung mitzuwirken. Eine gesonderte Vergütung hierfür erfolgt nicht, die Aufwendungen sind in die Einheitspreise einzurechnen.

Betrieblich bedingte Änderungen von Sperrpausen sind möglich (z.B. Verspätungen, Bedarfszüge etc.). Der AN kann hieraus keine Mehrkosten ableiten.

0.2.2 Erschwernisse

- Das Bauvorhaben muss unter Aufrechterhaltung und ohne Gefährdung des Eisenbahnbetriebes durchgeführt werden. Während der Bauarbeiten ist stets der Regellichtraum bzw. der Gefahrenraum für Bahnfahrzeuge freizuhalten und es sind die nach den konkreten Umständen der Ausführung einschlägigen Vorgaben der technischen Regelwerke durchgehend zu befolgen. Arbeiten im Lichtraumprofil sind stets nur im gesperrten Gleis möglich.
- Die bestehenden Gleise der Strecke 4020 befinden sich in Betrieb und sind elektrifiziert.
- Aufgrund der hohen betrieblichen Streckenbelegungen sind Arbeiten im Gefahrenbereich der Betriebsgleise in der Regel nur in entsprechenden Sperrpausen möglich. Die entsprechenden Sicherungsleistungen werden durch einen weiteren AN beigestellt.
- Zum Beginn und zum Ende jeder Sperrpause stehen jeweils 0,5 Stunden für zeitparallele Begleitarbeiten des AG bzw. für das Aus- und Einschalten der Oberleitung und Freigabe des Gleises nicht für die Ausführung von Leistungen durch den AN zur Verfügung, die nutzbare Sperrzeit für den AN reduziert sich hiermit entsprechend.
- Die NBS ist für den Regelverkehr noch außer Betrieb. Dennoch finden vereinzelte Materialtransporte über die Schiene sowie gleisgebundene Bauarbeiten durch weitere Bauunternehmen statt.
- Die NBS wird derzeit elektrifiziert, die Oberleitung steht vsl. ab Juni 2026 unter Spannung. Die entsprechenden Sicherheitsvorschriften sind einzuhalten.

Die Aufwendungen für die vorgenannten Erschwernisse sind einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

0.2.3 Vorgaben aus dem SiGe-Plan

Es sind die Vorgaben, die sich aus dem SiGe-Plan gemäß Baustellenverordnung ergeben zu beachten. Der SiGeKo wird durch den AG gestellt.

0.2.4 bleibt frei

0.2.5 Kontaminierte Bereiche

Auf Basis des derzeitigen Kenntnisstandes ist nicht davon auszugehen, dass kontaminierte Bereiche im Sinne BGR 128 bzw. DGUV Regel 101-004 vorhanden sind. Sollte sich im Rahmen der Bautätigkeit herausstellen, dass Arbeiten in kontaminierten Bereichen bzw. Bauwerken / Anlagen erforderlich oder deren Rückbau notwendig werden, ist das einschlägige berufsgenossenschaftliche Regelwerk (u.a. BGR 128 / DGUV 101-004), die Anforderungen der Baustellenverordnung und die Rechtsvorschriften des Landes Baden-Württemberg zu befolgen.

0.2.6 Besondere Einrichtungen

Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen:

Im Bf Bruchsal steht das Logistikgleis 16 im Zeitraum 10.03.2026 bis 15.04.2026 (nicht anfahrbar in der Nacht 27.03.2026 22:00 Uhr – 28.03.2026 05:00 Uhr) zur Verfügung.

Im Bf Rastatt steht das Logistikgleis 15 im Zeitraum 21.04.2026 bis 20.06.2026 (außer 14.+15.06.26) zur Verfügung. Dieses Gleis muss mit anderen Bauunternehmen geteilt werden.

Sofern erforderlich sind BE-Flächen für die Arbeiten zum Abbrennen der Spundwanddielen an der Str. 4020 km 62,9+70 selbst zu beschaffen, herzurichten und vorzuhalten sowie mit dem AG, der Umweltfachlichen Baubegleitung, AN weiterer Maßnahmen im Gesamtprojekt und dem jeweiligen Grundstückseigentümer abzustimmen. Das Einholen von ggf. erforderlichen Genehmigungen ist Aufgabe des AN.

Die Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen sind vom AN durch einen umlaufenden Bauzaun wirksam gegen unbefugte Zutritte, Nutzungen o.ä. durch Dritte zu sichern, insbesondere außerhalb der Betriebs- und Arbeitszeiten entsprechend abzusperren.

Aufwendungen zum Errichten, Vorhalten, Betreiben, Unterhalten, ggf. Umsetzen und Rückbauen des Bauzaunes und der notwendigen Sicherungseinrichtungen sind einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

Mit Oberleitung überspannte Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen:

Werden dem AN Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen auf dem Gelände der DB AG zugewiesen, ist es möglich, dass diese mit Oberleitung (z.B. Quertragwerke) überspannt sind.

Der AN hat durch Einweisungsposten sicherzustellen, dass bei An-/Abtransport von Materialien und Ladearbeiten die vorhandene Oberleitungsanlage nicht beschädigt wird.

Für den Einsatz von 2-Wege-Fahrzeugen kann bei Bedarf in folgenden Bereichen eingelegt werden:

- BÜ „Bulach“ (km 3,511) der Strecke 4214 an der Straße Petergraben

0.2.7 Besondere Anforderungen an Gerüste

- Entfällt -

0.2.8 Mitbenutzung fremder Einrichtungen

- Entfällt -

0.2.9 Vorhaltung für andere Unternehmer

- Entfällt -

0.2.10 bleibt frei

0.2.11 bleibt frei

0.2.12 bleibt frei

0.2.13 Eignungs- und Gütenachweise

0.2.13.1 Eignungs- und Gütenachweise für zugelieferte mineralische Ersatzbaustoffe (MEB) und Bodenmaterial

Der AN wird auf das Inkrafttreten der sog. Mantel-Verordnung mit ihren wesentlichen Bestandteilen Ersatzbaustoffverordnung (EBV) und einer erheblich geänderten Bundesbodenschutzverordnung (BBodSchV) zum 01.08.2023 hingewiesen. Bei der Umsetzung ist, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, folgendes zu beachten:

Die EBV regelt die Anforderungen an den Einbau von mineralischen Ersatzbaustoffen (MEB) in technische Bauwerke und ersetzt die bislang geltenden Vorgaben der LAGA - Merkblätter bzw. spezielleren landesrechtlichen Regelungen. Bodenmaterial, welches in oder unterhalb eines technischen Bauwerkes eingebaut werden soll, ist als MEB zu betrachten und unterliegt ebenfalls der EBV.

Die geänderte BBodSchV regelt den Einbau von Boden in, außer- oder unterhalb einer durchwurzelbaren Bodenschicht oder in bodenähnlichen Anwendungen außerhalb von technischen Bauwerken.

Daher ist die Umweltverträglichkeit für zugelieferte mineralische Ersatzbaustoffe auf Basis der Materialklassen der EBV und für zugeliefertes Bodenmaterial in bodenähnlichen Anwendungen auf Basis der Vorsorgewerte der BBodSchV nachzuweisen.

Der AN hat 8 Wochen vor einem geplanten Einbau von Bodenmaterial in das Bauvorhaben oder von MEB in technische Bauwerke des Bauvorhabens die schriftliche Zustimmung des AG dazu einzuholen. Dem Antrag sind die Nachweise der Umweltverträglichkeit und der bodenphysikalischen Eignung des MEB beizufügen, bei einem Einbau in technische Bauwerke ist zusätzlich die technische Bauweise gemäß Anlage 2 + 3 EBV anzugeben.

Die DB AG und die mit ihr verbundenen Unternehmen untersagen für ihre Bauvorhaben, Grundstücke und Anlagen generell den Einbau der in § 20 Abs. 1 EBV aufgeführten mineralischen Ersatzbaustoffe u.a. Kuppel- und Hochofenschlacke, Hüttensand, Flug- und Kesselasche und Gießereirestsand.

Der zum Einbau vorgesehene zugelieferte Bodenaushub ist vom AN fachgerecht und getrennt nach Bodenarten zwischenzulagern, so dass sich die bodenphysikalischen Eigenschaften und die Bodenfunktionen nicht verschlechtern.

Die Umweltverträglichkeit der MEB ist durch eine repräsentative chemische Analytik eines akkreditierten Labors nachzuweisen. Der AN hat für zugelieferte MEB auch die notwendigen bodenphysikalischen Untersuchungen, z.B. Verdichtungsfähigkeit, Verformungsmodul und Wasserdurchlässigkeit, durchzuführen. Der AG behält sich vor, bei fehlender Akkreditierung des Probennehmers bzw. des Labors eine bodenphysikalische Beurteilung durch ein akkreditiertes Labor abzufordern.

Für den Nachweis der Umweltverträglichkeit von Neuschotter oder Recyclingschotter sowie PSS / FSS gelten neben der EBV die Anforderungen des DB- Regelwerks.

Der AN hat die laufende Übereinstimmung des eingebauten Materials mit den vorgelegten Nachweisen zu gewährleisten, der AG behält sich stichprobenartige Kontrolluntersuchungen vor. Bei Nichteignung ist das Material vom AN ordnungsgemäß und für den AG kostenfrei zu entsorgen.

Bezüglich der Einbaudokumentation und der Vor- und Abschlussanzeigen gem. EBV siehe Ziff. 0.2.15.10.4.

Die Erstellung der Einbaudokumentation und ggf. der Anzeigen erfolgt grundsätzlich erst nach AG seitiger Freigabe des vom AN beantragten MEB-Einbaus.

Die Übermittlung einer Vor- und Abschlussanzeige an die zuständigen Behörden ist erforderlich, wenn ein geplanter Einbau von MEB (inkl. Bodenmaterial) die nachfolgenden Kriterien erfüllt:

1. Es soll Bodenmaterial mindestens BM-F0*, Baggergut mind. BG-F0*, aufbereiteter Gleisschotter mind. GS-1 oder aufbereitete RC-Baustoffe mind. RC-1 oder jeweils höherer Materialklassen in Wasser- oder Heilquellenschutzgebiete der Zone III oder höher eingebaut werden oder
2. Es soll Bodenmaterial, Baggergut oder RC-Baustoffe der Klasse 3 (BM-F3, BG-F3 oder RC-3) mit einer geplanten Einbaumenge $\geq 250 \text{ m}^3$ eingebaut werden.

Nach dem Ende des Einbaus ist für die o.g. Materialien im System ZEDAL eine Abschlussanzeige zu erstellen.

0.2.13.2 bleibt frei

0.2.14 Umgang mit gewonnenen Stoffen

Das im Rahmen der Baumaßnahme auszuhebende Bodenmaterial ist selektiv abzutragen, um eine Vermischung unterschiedlichen Bodenmaterials zu vermeiden.

Der zum Wiedereinbau im Bauvorhaben (am Herkunftsort) vorgesehene Bodenaushub ist fachgerecht und getrennt nach Bodenarten zwischenzulagern, so dass sich die bodenphysikalischen Eigenschaften und die Bodenfunktionen nicht verschlechtern.

Der zum Wiedereinbau vorgesehene Bodenaushub unterliegt nicht dem Abfallrecht und bedarf gemäß der Bundesbodenschutzverordnung keiner chemischen Untersuchung, soweit nach Art, Menge, Schadstoffgehalten und physikalischen Eigenschaften des Materials sowie den Schadstoffgehalten am Einbringungsort das Entstehen einer schädlichen Bodenverunreinigung nicht zu besorgen ist. Der AN hat mit dem AG abzustimmen, ob und in welcher Frequenz für dieses Material dennoch chemische Untersuchungen durchzuführen sind. Die notwendigen bodenphysikalischen Untersuchungen für das wiedereinzubauende Material, sind in jedem Fall vom Auftragnehmer zu erbringen.

Der AG behält sich vor, bei fehlender Akkreditierung des Probennehmers / Labors eine bodenphysikalische Beurteilung durch ein akkreditiertes Labor abzufordern.

Der AN hat 14 Kalendertage vor dem geplanten Wiedereinbau von Bodenaushub die Zustimmung des AG einzuholen, dabei sind erforderlichen Nachweise der bodenphysikalischen und ggf. chemischen Eignung beizulegen.

Der Wiedereinbau ist mit dem Vordruck M.01.02.15.03 Anlage 10 „Einbaudokumentation Boden und Ersatzbaustoffe“ zu dokumentieren. Die Dokumentation ist um die jeweiligen Analyseberichte zu ergänzen und unverzüglich der BÜW zu übergeben.

Sofern der AN mit der Entsorgung von Bodenaushub und mineralischen Restbaustoffen des Bauvorhabens beauftragt ist, hat er den nicht im Bauvorhaben wieder einbaubaren Bodenaushub vorzugsweise in bodenähnlichen Anwendungen außerhalb des Bauvorhabens zu verwerten, ist dies nicht möglich, ist der Bodenaushub anderweitig ordnungsgemäß und schadlos zu verwerten oder gemeinwohlverträglich zu beseitigen.

Plant der AN die Verbringung von Bodenaushub in andere Bauvorhaben oder von MEB in technische Bauwerke anderer Bauvorhaben, hat er dafür die schriftliche Zustimmung des AG einzuholen, parallel sind die entsprechende Einbaugenehmigung der zuständigen Behörde und die schriftliche Zustimmung des betroffenen Dritten vorzulegen.

Bezüglich der Einbaudokumentation und den Vor- und Abschlussanzeigen gem. EBV siehe Ziff. 0.2.15.10.4.

Die Erstellung der Einbaudokumentation und ggf. der Anzeigen erfolgt grundsätzlich erst nach AG seitiger Freigabe des vom AN beantragten MEB-Einbaus.

Alle Aufwendungen für die vorgenannten Sachverhalte sind einzukalkulieren, es erfolgt keine gesonderte Vergütung.

0.2.15 Abfallmanagement von Bau- und Abbruchabfällen

0.2.15.1 Allgemeine Pflichten und Leistungen des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer richtet seine Leistung darauf aus, den Anfall von Bau- und Abbruchabfällen im Bauvorhaben zu minimieren, indem er z.B. durch selektiven Bodenabtrag und einen separierenden Rückbau gewährleistet, dass die im Bauvorhaben anfallenden Materialien und Abfälle sortenrein gewonnen und getrennt bereitgestellt werden.

Der AN hat bei seinen Ausführungsunterlagen (z.B. Massenkonzent) und Baudurchführung, soweit rechtlich zulässig und wirtschaftlich vorteilhaft, die vorrangige Wiederverwendung von Boden und ggf. weiteren Stoffen im Bauvorhaben anstelle von Ausbau und Entsorgung umzusetzen.

Nach Zuschlagserteilung hat der AN entsprechend frühzeitig mit den erforderlichen bodenphysikalischen Untersuchungen, soweit möglich unter Verwendung von Rückstellproben des AG, zu beginnen, um die Möglichkeiten zur Wiederverwendung des Materials abzuklären.

Beim Antreffen von bisher nicht bekannten Bodenverunreinigungen und Altablagerungen ist der AN verpflichtet, die Bauarbeiten unverzüglich zu unterbrechen. Der betreffende Bereich ist zu sichern und es sind die vertragsabwickelnde Stelle, die BÜW und die Abfalltechnische Bauüberwachung zu informieren.

Sach- und Fachkundenachweise

Der Auftragnehmer hat vor Ort auf der Baustelle einen Abfallverantwortlichen (i.S.d. § 59 KrWG) mit der Qualifikation eines Abfallbeauftragten / Fachbauleiters zu stellen (vgl. entspr. LV-Position). Der Abfallverantwortliche muss über einen Sachkundenachweis für die Probenahme fester Abfälle gemäß LAGA PN 98 verfügen.

Sofern der AN vom AG mit der Durchführung von chemischen Untersuchungen / Deklarationsanalysen beauftragt wird, hat er für die Probenahme einen unabhängigen und für die Art der Probenahme fach- und sachkundigen Probenehmer (LAGA PN98), für die Analytik und Gutachtenerstellung ausschließlich einen nach DIN EN ISO / IEC 17025 akkreditierten Nachauftragnehmer einzusetzen.

Zur Vermeidung von Interessenkonflikten darf der AN Leistungen der Probenahme oder Bewertung von Analyseergebnissen (Prüfberichte) nicht an Nachunternehmer beauftragen, wenn diese gleichzeitig am Entsorgungsvorgang beteiligt sind, z.B. Entsorgungsunternehmen, Abfallmakler und Transportunternehmen.

Der Auftragnehmer hat dem AG die für diese Tätigkeiten vorgesehenen Nachunternehmer unmittelbar nach Auftragserteilung, spätestens jedoch im Entsorgungskonzept AN, namentlich und unter Vorlage der notwendigen Fach- und Sachkundenachweise bzw. Zertifikate zu benennen.

Entsorgungskonzept AN

Der AN hat auf der Basis der Vergabeunterlagen und der Gegebenheiten des Bauvorhabens ein verbindliches, vorhabenbezogenes Entsorgungskonzept für die Baudurchführung gemäß der M.01.02.15.03 Anlage 8 „Mustergliederung Entsorgungskonzept AN“ zu erstellen.

Über den ausgeschriebenen Analysenumfang hinaus erforderliche Parameter für die Abfalldeklaration sind mit Übergabe des Entsorgungskonzepts AN anzuzeigen und durch den AG zu genehmigen, für die Analytik nach EBV bzw. LAGA gelten dazu gesonderte Vorgaben, vgl. Kapitel 0.2.15.5. Über die vom AG genehmigten Parameter hinausgehenden Änderungen bzw. nachträgliche Änderungen auf Verlangen des AN werden nicht berücksichtigt und gehen zu seinen Lasten.

Das Vorliegen eines bestätigten Entsorgungskonzeptes ist Voraussetzung für jegliche Wiedereinbau- oder Entsorgungsmaßnahmen.

0.2.15.2 Definition Abfallerzeuger und Abfallbesitzer

Abfallerzeuger gemäß KrWG § 3 Abs. 8 ist:	DB InfraGO AG, Region Südwest, Projektbezeichnung ABS/NBS Karlsruhe - Basel, I.IIK 11 Vertragsabwickelnde Stelle gem. Bauvertrag
Abfallbesitzer gemäß KrWG § 3 Abs. 9 ist:	der Auftragnehmer (AN)

Der Abfallerzeuger ist für die Bau- und Abbruchabfälle, die unmittelbar aus der Baumaßnahme stammen (z.B. Oberbaumaterial, Bodenaushub, Bauschutt, Kabel, Schrott), rechtlich verantwortlich. Der Auftragnehmer wird für diese Abfälle Abfallbesitzer. Er wird vom Abfallerzeuger mit der Wahrnehmung bestimmter Aufgaben des Abfallerzeugers beauftragt.

Die im Vorhaben anfallenden Bau- und Abbruchabfälle sind vom AN ordnungsgemäß (rechtskonform) und schadlos unter Einhaltung aller im Bauvertrag enthaltenen Vorgaben zu

entsorgen, hierfür haftet der AN dem AG. Die Abfallerzeugereigenschaft und das Eigentum der DB / DB InfraGO AG an den Bau- und Abbruchabfällen des Bauvorhabens endet mit der Entsorgung.

Der AN stellt sicher, dass die von Ihm mit dem Transport und der Entsorgung beauftragten Nachunternehmer zuverlässig, fachlich geeignet und rechtlich befugt sind, daher hat der AN für die Beförderung der Bauabfälle nur zugelassene Transporteure und für deren Entsorgung nur zertifizierte Entsorgungsfachbetriebe zu binden. Entsprechende Unterlagen sind unmittelbar nach Auftragserteilung, spätestens mit dem Entsorgungskonzept AN, an den AG zu übergeben.

Der AN hat den AG unverzüglich über geänderte Annahmekriterien von Entsorgungsanlagen, den vorgesehenen Wechsel des Entsorgers bzw. der Entsorgungsanlage sowie über Abstimmungs- / Genehmigungserfordernisse mit den zuständigen Behörden zu informieren. Abstimmungen mit den Behörden erfolgen ausschließlich durch den AG.

Der AN ist Abfallerzeuger und Abfallbesitzer gemäß §3 Abs. 8+9 KrWG für die Abfälle, die er u.a. durch Lieferungen sowie den Betrieb und die Unterhaltung der Baustelleneinrichtung erzeugt (z.B. Verbaumaterialien, Material zur Erstellung von Baustraßen, Verpackungen). Diese Abfälle sind von ihm selbständig und separat von den Abfällen des AG gemäß den einschlägigen Rechtsvorschriften zu entsorgen und werden nicht gesondert vergütet. Auf Anforderung sind dem AG Verbleibsnachweise für diese Abfälle in Kopie zu übergeben.

0.2.15.3 Betrieb von Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen für Abfälle

Der AN hat für alle vom AG zur Verfügung gestellten Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen inklusive Baustellenzufahrten ein Beweissicherungsverfahren nach BBodSchV für den anstehenden Unterboden durchzuführen. Da die Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen i.d.R. auf dem Unterboden aufbauen, sind die chemischen Bodenuntersuchungen zur Beweissicherung nach dem Abschieben und vor dem Wiederandecken des Oberbodens vorzunehmen. Der Analyseumfang ist mit dem AG vorab abzustimmen (siehe Wirkungspfade BBodSchV). Eine Bodenverschlechterung und eine ggf. daraus resultierende Bodenmelioration gehen zu Lasten des AN als Verursacher.

Sofern der AN zusätzliche Flächen außerhalb der vom AG zur Verfügung gestellten, planfestgestellten oder anderweitig genehmigten Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen bzw. außerhalb der Baustelle / der Erstreckung der Bau- und Betriebsanweisung (BETRA) zur Bereitstellung oder Aufbereitung nutzen will, hat er selbständig die hierfür notwendigen privatrechtlichen und öffentlich - rechtlichen Genehmigungen (z.B. gemäß 4. BImSchV) einzuholen und diese dem AG vor der Nutzung nachweisfähig (z.B. Bescheid) vorzulegen.

Der AN hat auch für diese Flächen einschließlich der Zufahrten ein Beweissicherungsverfahren nach BBodSchV durchzuführen.

Sofern der AN auf o.g. baustellenfernen, nicht planfestgestellten Flächen mehr als 100 t nicht gefährliche bzw. mehr als 30 t gefährliche Abfälle bereitstellt (zwischenlagert) oder behandelt oder auf baustellennahen Flächen über einen längeren Zeitraum zwischenlagert oder behandelt, hat er gemäß 4. BImSchV vor Nutzungsbeginn eine Genehmigung der zuständigen Immissionsschutzbehörde zu beantragen.

In Bezug auf die o.g. Flächen hat der AN dem AG auf Anforderung die für ein ggf. erforderliches Planänderungsverfahren beim Eisenbahnbundesamt oder einem sonstigen Genehmigungsverfahren der zuständigen Behörde notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Alle mit den vorgenannten Anforderungen verbundenen Leistungen sind in das Angebot einzurechnen, es erfolgt keine gesonderte Vergütung.

Die für die Bereitstellung von Abfällen und damit der Lagerung von wassergefährdenden Stoffen vorgesehenen Bereitstellungsflächen ohne Planfeststellung bzw. ohne direkten Baustellen-/ BETRA-Bezug sind vom Auftragnehmer auf Anordnung des AG als AwSV - Anlage mit entsprechenden Anforderungen (u.a. Eignungsfeststellung, Anlagendokumentation, Betriebsanweisung, Betriebstagebuch, Überwachungs- und Prüfpflichten) zu betreiben.

0.2.15.4 Leistungen des AN zur Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung

Der Auftragnehmer hat die Anforderungen der Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) einzuhalten. Die GewAbfV betrifft diverse nicht gefährliche Siedlungsabfälle (hausmüllähnliche Abfälle) des 20iger AVV- Nummernkreises z.B. Papier, Pappe, Glas sowie folgende nicht gefährlichen Bauabfälle:

- AVV 170101 Beton
- AVV 170102 Ziegel
- AVV 170103 Fliesen u. Keramik
- AVV 170107 gemischter Bauschutt
- AVV 170202 Glas
- AVV 170203 Kunststoff
- AVV 170401 bis 170407 div. Metalle
- AVV 170411 nicht gefährliche Kabel
- AVV 170201 Holz
- AVV 170604 Dämmmaterial
- AVV 170302 Bitumengemische.

Diese Abfälle sind vom AN grundsätzlich getrennt auszubauen, getrennt zu halten bzw. bereit zu stellen, zu befördern sowie vorrangig der Vorbereitung zur Wiederverwendung oder dem Recycling zuzuführen.

Eine Entsorgung von Gemischen der o.g. Abfälle ist unbedingt zu vermeiden.

Sofern Gewerbeabfälle aus den gemäß GewAbfV zulässigen Gründen als Gemische anfallen, sind diese unverzüglich und nachweislich zur Auftrennung in die Teilfraktionen den dafür zugelassenen Aufbereitungsanlagen (Siedlungsabfälle) bzw. Vorbehandlungsanlagen (Bauabfälle) zuzuführen.

Ist eine Abfalltrennung oder Aufbereitung technisch nicht möglich oder wirtschaftlich nicht zumutbar, sind die Gemische möglichst hochwertig zu verwerten, ist auch dies nicht möglich, sind die Gemische ordnungsgemäß und gemeinwohlverträglich zu beseitigen.

Als Nachweise über die Getrennthaltung, die abweichend erforderliche Vorbehandlung / Aufbereitung oder die abweichend erforderliche schadlose, hochwertige sonstige Verwertung hat der Auftragnehmer dem AG geeignete Dokumente, wie z.B. Haufwerkslagepläne, Probenahmeprotokolle einschließlich Fotodokumentation zu übergeben. In den Unterlagen sind die Abweichungen von den Vorgaben der GewAbfV unter Verwendung der Kategorien der GewAbfV nachvollziehbar zu dokumentieren und zu begründen, die Dokumente sind von der BÜW zu bestätigen und mit den zur Freigabe der Entsorgung der Gemische durch den AG eingereichten Entsorgungsnachweisen zu übermitteln und im eANV / e-Akte zu hinterlegen.

0.2.15.5 Systematik der zu vergebenden Entsorgungsleistungen für mineralische Bau- und Abbruchabfälle

Der AG schreibt die im gegenständlichen Bauvorhaben zu erbringenden Entsorgungsleistungen von mineralischen Bau- und Abbruchabfällen (MBA) zur Verwertung über ein Leistungsverzeichnis aus, das sich an den in Anlage 1 Tab. 1 – 4 und Anlage 4 Tab. 2.2 der der Ersatzbaustoffverordnung (EBV) definierten Materialklassen bzw. Materialwerten orientiert, aber um zusätzliche Materialwerte erweitert wurde. Diese zusätzlichen Materialwerte sind erforderlich, um alle relevanten Schadstoffe zu erfassen und um die mineralischen Abfälle als gefährlich / nicht gefährlich einstufen und einer AVV-Nr. zuordnen zu können. Diese Regelung betrifft folgende Abfallarten:

Abfallbezeichnung	Abfallschlüssel AVV	Materialklasse gemäß EBV
Boden ≤ 10% mineralische Fremdbestandteile	17 05 04	BM-0, BM-0* BG-0, BG-0*
Boden > 10% u. ≤ 50% mineralische Fremdbestandteile	17 05 04	BM-F0*, BM-F1, BM-F2, BM-F3 BG-F0*, BG-F1, BG-F2, BG-F3
Gleisschotter	17 05 08	GS-0, GS-1, GS-2, GS-3
Beton(bruch)	17 01 01	RC-1, RC-2, RC-3
Ziegel	17 01 02	
Fliesen und Keramik	17 01 03	
Gemische aus Beton, Ziegeln, Fliesen und Keramik mit Ausnahme derjenigen, die unter 170106 fallen	17 01 07	

BM-x: Bodenmaterial Materialklasse X mit ≤ 10% mineralische **Fremdbestandteile**

BM-Fx: Bodenmaterial Materialklasse X mit > 10% u. ≤ 50% mineralische **Fremdbestandteile**

Die vereinbarte Leistungsbeschreibung und Vergütung stellen die vertragliche und abfallrechtliche Grundlage für die Erbringung der vereinbarten Entsorgungs- und Transportleistungen und ggf. Analytikleistungen des Auftragnehmers dar. Der AN hat dies bei der Vertragsgestaltung mit den von ihm gebundenen Ingenieurbüros/ Untersuchungsstellen sowie Aufbereitungs- und Verwertungsanlagen und Beförderern zu berücksichtigen.

Der AG wird die mineralischen Bau- und Abbruchabfälle (MBA) je Haufwerk / Ausbaurückbau gemäß EBV zu untersuchen und klassifizieren lassen, um diese den entsprechenden Entsorgungspositionen des Bauvertrages zuordnen zu können.

Hat der AN mit den von ihm gebundenen Aufbereitungs- und Verwertungsanlagen Untersuchungen nach anderen Vorschriften, z.B. nach LAGA oder BBodSchV, vereinbart, hat er diese Leistungen in sein Angebot einzukalkulieren, es erfolgt keine gesonderte Vergütung.

Der AG schreibt die im gegenständlichen Bauvorhaben zu erbringenden Entsorgungsleistungen von mineralischen Bau- und Abbruchabfällen zur Beseitigung (größer jew. Materialklasse 3 nach EBV) auf Grundlage der Deponieverordnung mit Positionen für die Deponieklassen I-III aus.

0.2.15.6 Umgang mit Rückbau- und Abbruchabfällen

Die vom AN durchzuführenden Rückbau- und Abbrucharbeiten umfassen den Rückbau der vollständigen ober- und unterirdischen Bauwerkssubstanz, die Entkernung und Demontage der diversen, ggf. schadstoffhaltigen Baustoffe, Einrichtungsgegenstände, Installationen und

Anlagen, den Transport und die fachgerechte Entsorgung aller anfallenden Abfälle und ggf. die Verfüllung der Baugruben mit unbelastetem Bodenaushub.

Im Vorfeld der Rückbauarbeiten hat der AN zusammen mit dem Fachgutachter des AG bzw. mit der Bauüberwachung vor Ort eine Bestandsaufnahme der abzurechnenden Bausubstanz vorzunehmen, insbesondere wenn diese noch nicht auf ihre Zusammensetzung und mögliche Schadstoffbelastung untersucht wurde. Auffällige Bauteile mit Schadstoffverdacht, z.B. Öl- und Schmierstoffverunreinigungen, Teer- oder Bitumenanstriche, sind farblich zu kennzeichnen. Anschließend hat der Auftragnehmer Bau die erforderlichen Rückbau- und Abbrucharbeiten detailliert im Entsorgungskonzept zu beschreiben, vom AG übergebene Gutachten und chemische Analysen sind zu berücksichtigen.

Vor dem eigentlichen Abbruch sind alle schadstoffhaltigen bzw. entsorgungsaufwendigen Materialien aus dem Bauwerk auszubauen und getrennt zur Entsorgung bereitzustellen. Anschließend ist der verbleibende Rohbau abubrechen und sortenrein zur Entsorgung bereitzustellen.

Alle Aufwendungen für die vorgenannten Sachverhalte sind in das Angebot einzurechnen, es erfolgt keine gesonderte Vergütung.

Werden beim Rückbau der baulichen Anlagen zuvor unentdeckte, auffällige Bauteile mit Schadstoffverdacht (kontaminierte Baustoffe) vorgefunden, sind die Bauarbeiten unverzüglich zu unterbrechen, die betreffende Baustelle zu sichern und die Bauüberwachung sowie der für Umweltschutzelange verantwortliche Mitarbeiter unverzüglich zu informieren.

0.2.15.7 Umgang mit LST- und TK-Reststoffen sowie Schrott

Die Wiederverwendung bzw. Verschrottung/Verkauf von nicht wieder verwendungsfähigen Eisen-, Stahl- und NE- Recyclingmaterial sowie LST- und Telekommunikations-Restbaustoffen erfolgt durch den AG, die genannten Restbaustoffe verbleiben bis zum ordnungsgemäßen Abschluss der Entsorgung in dessen Eigentum.

Der AN hat den Anfall dieser Materialien unter Angabe von Art, Menge, Größe und Anfallort 4 Wochen vor dem geplanten Ausbau schriftlich beim AG anzuzeigen. Die Aufwendungen hierfür sind einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

Zur Wiederverwendung bzw. Verschrottung/Verkauf vorgesehene Material ist durch den AN auf den zugewiesenen Bereitstellungsflächen bereitzustellen, von diesen Flächen erfolgt die Übernahme dieser Materialien durch einen vom AG benannten Empfänger.

Vom AN ist der Verbleib aller Restbaustoffe in einer Tabelle gesondert nach Bauabschnitten zu dokumentieren. Für die LST-Reststoffe sind die betreffenden Listen gemäß Handlungsanweisung des AG im Rahmen der zugehörigen PT1 Planung zu erstellen. Die Aufwendungen hierfür sind einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

0.2.15.8 Haufwerksbildung und Bereitstellung

Materialien zum Wiedereinbau bzw. Bauabfälle zur Entsorgung sind in sortenreinen Haufwerken aufzuhalten und bis zu einem Volumen von 100 m³ ordnungsgemäß bereitzustellen.

Dazu sind die anfallenden Materialien bzw. Bauabfälle nach ihrer zu erwartenden Belastung zu trennen. Unter Umständen ist die Bildung mehrerer Haufwerke auch bei geringen Aushub- oder Abbruchkubaturen erforderlich.

Die Wahl der Haufwerksstandorte und deren Flächenbedarf hat der AN in eigener Zuständigkeit gemäß seiner Baustellenlogistik nach zeitlichen- und mengenmäßigem Anfall zu ermitteln.

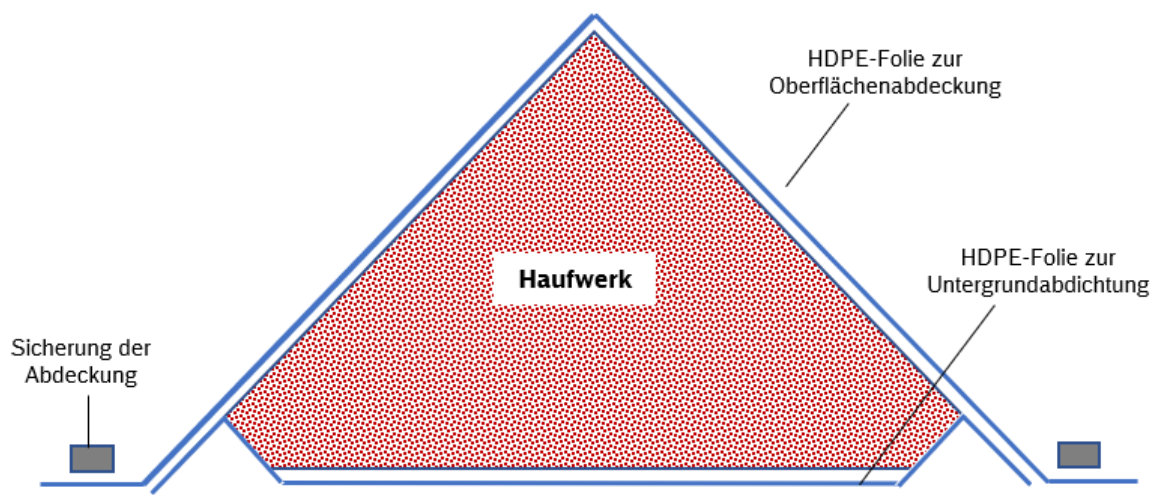
Die Haufwerke sind, spätestens nach der Verbringung auf die Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsfläche, mit einem wetterfesten Schild, welches die Haufwerksbezeichnung (Haufwerksnummer, Anfallort, Ausbaudatum, etc.) angibt, dauerhaft zu kennzeichnen. Die Haufwerkseinstufung und -bewertung sind unmittelbar nach Erhalt der finalen Abfalldекlaration nachzutragen.

Der AN hat die in Haufwerken bereitgestellten Materialien generell so zu sichern, dass Gefährdungen von Schutzgütern durch die Abfälle oder darin enthaltene Schadstoffe ausgeschlossen sind.

Alle Abfälle mit der Einstufung ab LAGA Z 1.2 bzw. RC 2/ BM 2 gemäß EBV oder höher sind immer mit einer Oberflächenabdichtung aus mind. 0,4 mm starker reißfester HDPE-Folie gemäß nachfolgender Darstellung zu sichern. Das von der Oberflächenabdichtung anfallende unbelastete Niederschlagswasser ist abzuleiten.

Bei allen nach Landesrecht als gefährlich eingestuften Abfällen ist zusätzlich eine entspr. HDPE-Folie gem. nachfolgender Abbildung zur Untergrundabdichtung vorzusehen.

Alternativ zu der beschriebenen Untergrundabdichtung mit HDPE-Folie ist die Nutzung eines mit Bitumen oder Beton befestigten / versiegelten Untergrundes einschließlich einer Entwässerung der Fläche möglich.



Systemskizze Sicherung eines Haufwerkes

Für alle Haufwerke hat der Auftragnehmer dem AG folgende Dokumente zu übergeben:

- Aushubprotokoll mit Angaben zu Bezeichnung, Lage, Ortsbeschreibung (Damm, Strecke, Bauwerk usw.), Materialart sowie Art und geschätzter Anteil von Fremdbestandteile (Schotter, Bauschutt, Wurzeln etc.), Auffälligkeiten (Färbung, Geruch usw.),
- Fotodokumentation,
- Lageplan der Haufwerke mit Angabe der Bezeichnung, Materialart und Menge,

- Mengen-/Kubaturermittlung (durch AN im Beisein der BÜW oder des Fachgutachters des ANs vorzunehmen).

Die zuvor beschriebenen Leistungen sind bei der Kalkulation zu berücksichtigen und werden nicht gesondert vergütet.

0.2.15.9 Deklarationsanalytik

Die Deklarationsanalytik wird durch den AG beigestellt. Der AN hat dazu die Durchführung jeder einzelnen baubegleitenden Analyse für alle im Bauvorhaben anfallenden Materialien einschließlich Altschotter jeweils 21 Kalendertage vorher über den AG zu veranlassen. Der AN hat dies in seinem Bauablauf zu berücksichtigen und einzukalkulieren.

Eine Beprobung mineralischer Stoffe im eingebauten Zustand (in situ) und ein direkter Aushub und eine Abfuhr ist nur nach schriftlicher Zustimmung des AG zulässig. Der Ausbau der Materialien hat unter kontinuierlicher Begleitung durch die Fachbauüberwachung Abfall und den Abfallverantwortlichen des AN zu erfolgen.

Für die chemische Untersuchung von Altschotter bzw. seiner Kornfraktionen ist zusätzlich die Altschotterrichtlinie RIL 880.4010 „Bautechnik; Verwertung von Altschotter“ zu berücksichtigen (z.B. Siebschnitt bei 31,5 mm, keine Hochrechnung der Ergebnisse der Feinfraktion auf die Gesamtfraktion). Der Untersuchungsumfang und die Bewertungsgrundlagen für Altschotter sind mit dem AG abzustimmen.

0.2.15.10 Elektronische Nachweisführung über die Entsorgung von Abfällen

Das Nachweisverfahren besteht grundsätzlich aus der Vorabkontrolle der Zulässigkeit des Entsorgungsweges (z.B. Anlagengenehmigung, Efb-Zertifikat, etc.) und der Verbleibskontrolle über die ordnungsgemäß durchgeführte Entsorgung (Transportpapiere als Verbleibsnachweise).

Für alle im Bauvorhaben anfallenden gefährlichen und nicht gefährlichen Bau- und Abbruchabfälle ist eine Nachweisführung über die Entsorgung im elektronischen Abfallnachweisverfahren (eANV) zu gewährleisten.

Der AN, dessen Abfallverantwortlicher und die von ihm beauftragten Nachunternehmer sowie Abfallbeförderer und Entsorger haben aktiv an der Vorbereitung und Durchführung des Nachweisverfahrens im eANV mitzuwirken.

Die projektspezifische Ausgestaltung und das Zusammenwirken zwischen AN und AG sind im Entsorgungskonzept des AN auf der Basis der M.01.02.15.03 Anlagen 7 „Aufgabenverteilung Abfallmanagement“ und 12a „Leitfaden zur Realisierung des elektronischen Nachweisverfahrens (eANV) für nicht gefährliche Abfälle im ZEDAL“ zu beschreiben und vom AG zu bestätigen.

Der AN hat innerhalb von 14 Werktagen nach Vorliegen der Genehmigung des Entsorgungsweges (Entsorgungsnachweis EN/VN) mit der Entsorgung der bereitgestellten Abfälle zu beginnen.

Technische Voraussetzungen für das elektronische Abfall-Nachweis-Verfahren

Vom Auftragnehmer sind folgende eANV - Zugänge und anwendungsbereite Geräteausstattungen für den Abfallbeauftragten / Bevollmächtigten des AN und die Beförderer

auf der Baustelle zur Verfügung zu stellen. Die Ausstattung und die Zugänge sind im Entsorgungskonzept des AN zu dokumentieren:

- Gebräuchliche Computerhardware inkl. DSL-Verbindung (Internet) oder gleichwertig
- Abfallerfassungssoftware inklusive eigenständigem Zugang, kompatibel zur Zentralen Koordinierungsstelle der Länder (ZKS)

Sofern die vom AN beauftragten Beförderer und / oder Entsorger (NAN) nicht am elektronischen Nachweisverfahren über nicht gefährliche Abfälle mitwirken, hat sich der AN entweder als „Sonstiger Beteiligter“ oder als Bevollmächtigter einen eigenen Zugang zu einem geeigneten eANV-System (Provider) inkl. ZKS-Postfach zu schaffen und zusätzlich folgendes zu gewährleisten:

- Ausstattung und Schulung der örtlichen Mitarbeiter des AN mit persönlichen Signaturkarten nach digitalem Signaturgesetz
- Nachweis der abfallrechtlichen Qualifikation der signaturberechtigten Mitarbeiter
- Erfassung der Entsorgungsvorgänge im eANV in der Rolle der nicht mitwirkenden Beförderer / Entsorger gemäß Anlage 12a „Leitfaden zur Realisierung des elektronischen Nachweisverfahrens (eANV) für nicht gefährliche Abfälle im ZEDAL“ zum M.01.02.15.03.

Die DB InfraGO AG verwendet als eANV-System das Programm „ZEDAL“ der „Abfallmanagement Datenverarbeitungs AG“ Recklinghausen. Zur Vereinfachung der Arbeitsabläufe wird dem AN empfohlen, sich für einen Zugang zur ZEDAL - Portallösung anzumelden.

0.2.15.10.2

Vorab- und Verbleibskontrolle für gefährliche Abfälle

Vorabkontrolle

Das Nachweisverfahren für gefährliche Abfälle beinhaltet grundsätzlich eine Beteiligung der zuständigen Abfallbehörde im Wege der behördlichen Bestätigung bzw. Kenntnisnahme des Entsorgungsnachweises.

Der EN für gefährliche Abfälle besteht im eANV aus folgenden Dokumenten:

- Deckblatt des Entsorgungsnachweises (DEN)
- Verantwortliche Erklärung des Abfallerzeugers (VE)
- Untersuchungsbericht / Deklarationsanalyse (DA) in Dateiform
- ggf. Ergänzendes Formblatt für die Beauftragung / Bevollmächtigung / Andienung (EGF)
- Annahmeerklärung des Entsorgers (AE) und
- behördliche Bestätigung (Genehmigung) der für die Entsorgungsanlage zuständigen Abfallbehörde (BB).

Der AN hat dem AG mindestens 4 Wochen vor dem geplanten Entsorgungstermin mitzuteilen, dass ein Entsorgungsnachweis für die Entsorgung gefährlicher Abfälle oder von POP-Abfällen benötigt wird und dazu folgende Dokumente vorzulegen bzw. im eANV einzustellen:

- die Deklarationsanalysen mit gutachterlichem Bericht und Probenahmeprotokoll

- die Anlagengenehmigungen, z.B. Entsorgungsfachbetriebszertifikat oder BlmSch-Genehmigung der vorgesehenen Entsorgungsanlagen,
- das EfB-Zertifikat bzw. die Beförderungserlaubnis des Beförderers nach § 54 KrWG für die Beförderung von gefährlichem Abfall

Durch den AG wird anschließend der elektronische Entsorgungsnachweis im eANV erstellt. Der AG beauftragt den AN durch Ausfüllen des sog. Ergänzenden Formblatts (EGF) mit der Gebührenübernahme für das Genehmigungs- / Andienungsverfahren für die durch den AN zu entsorgenden Abfälle. Dazu hat der AN das EGF vor dem AG elektronisch zu signieren.

Nach Vorliegen aller Dokumente signiert der AG die Verantwortliche Erklärung (VE) und übermittelt diese elektronisch an den vom AN benannten Entsorger. Dieser füllt die Annahmeerklärung (AE) aus und signiert diese, anschließend erfolgt die elektronische Übermittlung an die Behörde zur Genehmigung (Grundverfahren) bzw. zur Kenntnis (privilegiertes Verfahren).

Die Nutzung von Sammelentsorgungsnachweisen für gefährliche Abfälle und für POP-Abfälle durch den AN ist nur nach schriftlicher Zustimmung des zuständigen Teamleiters Umweltschutz zulässig.

Verbleibskontrolle

Der AN hat beim verantwortlichen Bauüberwacher rechtzeitig seinen Bedarf an Transportdokumenten (BS, ÜS) anzumelden und die behördliche Nummer des Beförderers mitzuteilen (Voraussetzung für die elektronische Dokumentenübermittlung).

Anschließend erstellt die zuständige BÜW in Abstimmung mit dem AG das elektronische Mustertransportdokument und generiert daraus die benötigte Anzahl von elektronischen Begleitscheinen und signiert diese.

Die im Auftrag des AN tätigen Abfallbeförderer haben die Transportdokumente bei Abfallübernahme auf der Baustelle elektronisch zu signieren.

Sofern die Signatur der Beförderer abweichend davon erst unmittelbar vor Abfallübergabe beim Entsorger erfolgen soll, ist hierzu mit dem AG eine gesonderte schriftliche Vereinbarung nach § 19(2) NachwV zu treffen M.01.02.15.03 Anlage 13 „Vereinbarung über die verspätete Signatur des Abfallbeförderers“.

Bei Verwendung eines Sammelentsorgungsnachweises ist der Übernahmeschein vom Beförderer/Entsorger auf die Abfallerzeugernummer des AG auszustellen und dem AG elektronisch zu übermitteln.

Vorab- und Verbleibskontrolle für nicht gefährliche

Abfälle

Vorabkontrolle

Der Entsorgungsnachweis über die Entsorgung nicht gefährlicher Abfälle im eANV besteht aus den gleichen Dokumenten wie der EN für gefährliche Abfälle, ausgenommen das Ergänzende Formblatt (EGF) und die Behördliche Bestätigung (BB).

Zur Vorbereitung der Entsorgung nicht gefährlicher Abfälle hat der AN folgende Dokumente vorzulegen bzw. im eANV einzustellen:

- die Anlagengenehmigungen (Entsorgungsfachbetriebszertifikat / BlmSch-Genehmigung) der vorgesehenen Entsorgungsanlagen und
- das EfB-Zertifikat bzw. die Anzeige des Beförderers nach § 53 KrWG bzw. für die Beförderung von ngA

- Untersuchungsbericht / Deklarationsanalyse (DA) in Dateiform

und zur Vervollständigung und Signatur an den AG elektronisch zu übermitteln.

Auf Basis dieser Angaben erstellt der AG den Vereinfachten Entsorgungsnachweis im eANV, signiert die VE und leitet den Vereinfachten Entsorgungsnachweis an den vom AN beauftragten Entsorger weiter. Der Entsorger erstellt und signiert die Annahmeerklärung, damit ist der VN vollständig.

Nimmt der Entsorger nicht am elektronischen Nachweisverfahren für nicht gefährliche Abfälle teil, hat der Auftragnehmer die vom Entsorger unterschriebene Annahmeerklärung einzuholen und dem AG zu übermitteln bzw. der vorausgefüllten AE als Anhang beizufügen (sofern der AN mit der Erstellung des VN beauftragt ist). Anschließend wird die Annahmeerklärung vom AG mit folgendem Zusatz signiert: „ENT nimmt nicht am eANV für ngA teil, AE wird als Datei beigefügt. Signiert für den ENT: AN, siehe Original-AE im Anhang.

Sofern der AN nicht gefährlichen Bodenaushub zur Verwertung in gesonderte Maßnahmen z.B. in andere Baustellen oder landwirtschaftliche Flächen verbringen will, hat er für die Vorabkontrolle einen Vereinfachten Entsorgungsnachweis (VN) zu verwenden und als Anhang die aktuelle Einbaugenehmigung der zuständigen Bodenschutzbehörde für das Material beizufügen. Die Verbleibskontrolle erfolgt mittels elektronischem Registerbeleg (ZEDAL).

Verbleibskontrolle

Der Transport der Abfälle hat direkt und nur zu den freigegebenen Entsorgungsunternehmen gemäß Entsorgungsnachweis zu erfolgen. Eine Abweichung bedarf in jedem Fall der vorherigen Zustimmung des AG.

Für die elektronische Verbleibskontrolle für nicht gefährliche Abfälle (ngA) sind Registerbelege (RB) zu verwenden. Der AN hat beim verantwortlichen Bauüberwacher seinen Bedarf an RB mindestens 3 Arbeitstage vorher anzumelden und die behördliche Nummer des Beförderers mitzuteilen (Voraussetzung für die elektronische Dokumentenübermittlung).

Anschließend erstellt die zuständige BÜW in Abstimmung mit dem AG das Mustertransportdokument (Registerbeleg), generiert daraus die benötigte Anzahl elektronischer Registerbelege und signiert diese.

Sofern die beauftragten Beförderer (BEF) und / oder Entsorger (ENT) nicht an der elektronischen Verbleibskontrolle für nicht gefährliche Abfälle teilnehmen, hat der AN die entsorgten Abfallmengen auf der Grundlage vorliegender Wiegenoten (Lieferschein nur nach Rücksprache mit dem AG) zu erfassen und den Registerbeleg in der Spalte des Beförderers und Entsorgers qualifiziert zu signieren. Der BEF hat unmittelbar bei Übernahme des Abfalls den Registerbeleg zu signieren. Der ENT hat spätestens 10 Tage nach Annahme des Abfalls zu signieren.

Wird ein Registerbeleg für größere Chargen als die Transportmenge eines LKW erstellt und sind unterschiedliche Beförderer tätig, ist die Abfuhr des Abfalls von der Baustelle und die Übernahme durch den Entsorger nur durch die Signatur des Abfallerzeugers / BÜW und des Entsorgers auf dem Registerbeleg nachzuweisen, die Signatur des Beförderers entfällt. Die im Registerbeleg einzutragende Abfallmenge ist dabei aus der Gesamtmenge der in den Wiegescheinen erfassten Abfallmenge zu errechnen.

Als direkter Nachweis für die erfolgte Abfallübernahme auf der Baustelle hat der AN hat die von ihm beauftragten Beförderer zu veranlassen, die erforderlichen Registerbelege als Papiaerausdruck zur Abfallübernahme auf die Baustelle mitzubringen, darauf die Übernahme zu quittieren und den unterschriebenen RB-Ausdruck der BÜW zu übergeben.

Auf den Verbleibsnachweisen bzw. entsprechenden Zusatzdokumenten hat der AN auch die Dokumentationsanforderungen gemäß der Gewerbeabfallverordnung niederzulegen.

Der aktualisierte Entsorgungsstand aller Haufwerke ist binnen 5 Arbeitstagen in einer Haufwerksliste zu überführen und an die BÜW und den AG (zur Verbleibskontrolle) zu übergeben.

Anzeige- u. Dokumentationspflichten gemäß Ersatzbaustoffverordnung

Soweit der AN bauvertraglich mit der Erstellung der obligatorischen Einbaudokumentation und ggf. erforderlichen Vor- und Abschlussanzeigen für den MEB-Einbau nach EBV beauftragt ist, hat er die für den Einbau von MEB in technische Bauwerke der DB oder den Einbau von nicht aufbereitetem Bodenmaterial in Bauwerke von Dritten notwendigen elektronischen Dokumente, z.B. Lieferscheine und je nach Beauftragung weitere Dokumente, im System ZEDAL elektronisch zu erstellen bzw. zu vervollständigen, und ggf. auch erforderliche Vor- und Abschlussanzeigen bei den zuständigen Behörden zu tätigen.

Die Erstellung des Deckblattes oder der Voranzeige erfolgt grundsätzlich erst nach AG-seitiger Freigabe des vom AN beantragten MEB-Einbaus.

Für jede angelieferte Charge eines MEB, die in eine technische Bauweise eines Bauwerkes eingebaut wird, ist ein separater elektronischer Lieferschein zu erstellen. Als zusammenfassendes Dokument für jeden Satz gleichartiger Lieferscheine hat der AN ein elektronisches Deckblatt im ZEDAL zu befüllen bzw. zu erstellen. Sofern für den MEB-Einbau eine Vor- und Abschlussanzeige erforderlich wird, ersetzen diese das Deckblatt. Der Muster-Lieferschein und die einzelnen Lieferscheine werden aus der Voranzeige generiert.

Abhängig vom Bauvertrag obliegen dem AN ggf. weitere Melde- und Übergabepflichten gegenüber von Behörden, dem AG oder Dritten.

0.2.15.11 Abrechnung von Entsorgungsleistungen

Für die Abrechnung von Entsorgungsleistungen sind alle rechnungsbegründenden Unterlagen unaufgefordert einzureichen, insbesondere:

- Kopie des vollständig ausgefüllten und signierten abfallrechtlichen Verbleibsnachweises aus ZEDAL wie beschrieben
- Wiegescheine aus Nettoverwägung auf geeichter, stationärer Waage (Mindestinhalt: Anfallstelle, Transportpapiernummer, Haufwerksnr., amtl. Kennzeichen)
- Mengennachweis auf der Baustelle (jeweils alternativ):
 - Volumenermittlung von Haufwerken,
 - Volumenermittlung Baugrube,
 - Nettoverwiegung auf der Baustelle,
 - Zählprotokoll.

Die prüfbare Abrechnung der Leistung setzt voraus, dass alle rechnungsbegründenden Unterlagen vorliegen.

Auf die Regelungen zu Ziff. 20.2 ff der ZVB-DB wird hierbei nochmals hingewiesen.

0.2.15.12 Beförderungserlaubnis / Transportgenehmigungen

Für die Beförderung von gefährlichen Abfällen über öffentliche Verkehrswege zur Bereitstellungsfläche oder zur Entsorgungsanlage benötigt der Abfallbeförderer eine Beförderungserlaubnis nach § 54 KrWG bzw. der Beförderungserlaubnisverordnung (BefErlV; ersetzt TgV). Hiervon ausgenommen sind öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger oder Entsorgungsfachbetriebe, soweit sie für diese Tätigkeit zertifiziert sind.

Die mit dem Transport gefährlicher Abfälle befassten Beförderer müssen für den Leistungszeitraum über eine Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb nach § 56 und 57 KrWG bzw. über eine vergleichbare europäische Qualifizierung (Einhaltung der Anforderungen der Entsorgungsfachbetriebeverordnung (EfBV)) oder über eine Transporterlaubnis nach § 54 KrWG verfügen.

Für den Transport von nicht gefährlichen Abfällen müssen die Beförderer für den Leistungszeitraum eine Anzeige gemäß § 53 KrWG an die zuständige Behörde vorgenommen haben.

Alle zur Beförderung von Abfällen vorgesehenen Fahrzeuge sind mit zwei A-Tafeln zu kennzeichnen, dies gilt auch für Entsorgungsfachbetriebe.

Erlaubnis (gA) bzw. Anzeige (ngA) sind jeweils vom Beförderer auf dem Fahrzeug mitzuführen.

Beim Transport gefährlicher Abfälle sind zusätzlich folgende Unterlagen mitzuführen:

- Ausdruck des Begleitscheins mit allen Datenangaben (Auskunftsfähigkeit),
- bei verspäteter Signatur des Beförderers: Vereinbarung gem. § 19 Abs. 2 NachwV.

0.2.16 bleibt frei

0.2.17 bleibt frei

0.2.18 Leistungen für andere Unternehmer

- Entfällt

0.2.19 Zusammenwirken mit anderen Unternehmen

Im Rahmen der nach den Vertragsunterlagen vorgesehenen bauseitigen Koordination hat der AN Mitwirkungsleistungen zur Sicherstellung des vorausschauenden Schnittstellenmanagements in Bezug auf die Ausführung der übrigen an der Gesamtmaßnahme beteiligten Unternehmer aktiv wahrzunehmen. Hierzu hat er sich mit dem Auftraggeber abzustimmen und mitzuwirken, insbesondere bei Maßnahmen die Leistungen anderer Auftragnehmer als Vorleistung erfordern oder nachfolgende Leistungen beeinflussen.

Gegenstand und Ziel dieser Mitwirkung ist, dass der AN vorausschauend und aktiv die für seine Arbeitsvorbereitung und Abwicklung erforderlichen Informationen rechtzeitig über den AG abfordert und einbezieht, sowie seinerseits diesem die von ihm für die Verfolgung der Ordnung auf der Baustelle und des Zusammenwirkens der verschiedenen Unternehmer benötigten Informationen gleichermaßen so rechtzeitig zur Verfügung stellt, dass über die bauseitige Koordination die störungsfreie Abwicklung der Gesamtmaßnahme sicher gestellt wird.

Der AN hat in der Vorausschau der auf der Baustelle ineinandergreifenden Prozesse und Abhängigkeiten die Überlegungen und Maßnahmen zur Abstimmung so frühzeitig anzustellen und den Abstimmungsprozess mit dem AG durchzuführen, dass nach Lage der Dinge als erforderlich absehbare Klärungs- und Koordinierungsprozesse des Auftraggebers ohne Störungen des Bauablaufes erledigt werden können. Zu den Mitwirkungspflichten zählen hiernach u.a. die aktive Mitwirkung und Auskunftserteilung bei koordinationsrelevanten

Gesprächen/Baubesprechungen, insbesondere unter Beteiligung anderer Unternehmer, und die unverzügliche Information über abgefragte Festlegungen seiner Arbeitsvorbereitung, einschließlich ausführungstechnischer und logistischer Aspekte. In Bezug auf mögliche Störungen und Konflikte setzt die Pflicht des ANs den AG über Behinderungen zu informieren ein, sobald für ihn Umstände erkennbar werden, die sich negativ auf die Ausführung der geschuldeten Leistung bzw. des Bauvorhabens insgesamt auswirken können.

Die Koordination der an der Ausführung beteiligten Unternehmer und die Ausübung aller im Zusammenhang stehenden Erklärungen und Anordnungen bleiben ausschließlich dem AG vorbehalten.

Die Aufwendungen, für die im Rahmen des Vertrages vorgesehene Mitwirkung des AN bei der auftraggeberseitigen Koordination sind als Nebenleistung in die Einheitspreise einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

0.2.20 bleibt frei

0.2.21 bleibt frei

0.2.22 bleibt frei

0.2.23 DB-spezifische Angaben

Besonderheiten der Regelung und Sicherung der Beschäftigten vor den Gefahren des Eisenbahnbetriebs:

Nach UVV 3 Abschnitt 5, Absatz 10, müssen alle auf der Baustelle Beschäftigten Warnkleidung und Helm tragen. Das Lichtraumprofil GC ist jederzeit freizuhalten. Die Signalsicht muss in jedem Fall gewährleistet sein. Die Bestimmungen der Eisenbahner Unfallkasse (EUK) sind zu beachten und einzuhalten. Der AN hat alle auf der Baustelle Beschäftigten nachweislich über die Gefahren bei Arbeiten im Gefahrenbereich von Gleisanlagen zu unterweisen.

Die Festlegung der Sicherungsmaßnahme durch die für den Bahnbetrieb zuständigen Stelle (BzS) erfolgt anhand der vom AN einzureichenden ersten Seite des Sicherungsplans.

Tauglichkeits- und Befähigungsnachweis der DB AG

Siehe Anlage 2.1, hier: „Mindestanforderungen an Fahr- und Bedienpersonal gleisfahrender Baumaschinen“

0.2.24 Ergänzende Ausführungsbestimmungen

In Ergänzung zum entsprechenden Punkt 16.1 „Bauleitung und Stellvertreter“ der BVB:

Der verantwortliche Bauleiter muss über die notwendigen Qualifikationen verfügen. Diese werden regelmäßig unterstellt, wenn die benannte Person ein Ingenieurstudium erfolgreich beendet sowie über eine mindestens fünfjährige Berufserfahrung als Projektleiter bei vergleichbaren Bauvorhaben verfügt.

Vom Bauleiter und Stellvertreter muss während der Ausführung der Arbeiten wenigstens einer ständig auf der Baustelle anwesend sein. Der Bauleiter oder sein Vertreter müssen an Sitzungen teilnehmen. Auf Forderung des AG gilt dieses auch für kurzfristig anberaumte Besprechungen.

Spätestens vier Wochen nach Auftragserteilung hat der Auftragnehmer ein vertrags- und projektbezogenes Organigramm vorzulegen. In diesem sind übersichtlich die wesentlichen Tätigkeitsfelder und das hierfür vorgesehene verantwortliche Personal anzugeben.

In Ergänzung zum Punkt 16.1 „Nebenleistungen“ der BVB:

Auf die Verpflichtung des AN zum Säubern des Baubereiches, der Baustraßen und der Zufahrtswege als Nebenleistung wird nochmals hingewiesen.

In Ergänzung zum entsprechenden Punkt 16.3 „Nutzung fremden Geländes“ der BVB:

Der AN hat unaufgefordert, spätestens bis zur Abnahme, die Bescheinigungen gem. den Regelungen der BVB zu diesem Punkt beizubringen.

Notfallplan - Sperrpausen:

Die Einhaltung der Sperrpausen ist für den Auftraggeber von großer Bedeutung, damit die Einschränkungen für die Nutzung des Schienennetzes auf den zwingend erforderlichen Umfang begrenzt werden. Eine Überschreitung durch den Auftragnehmer führt zur Geltendmachung einer Vertragsstrafe gemäß den im Bauvertrag geltenden Regelungen. Soweit die Vertragsunterlagen nichts anderes festlegen, ist der Auftragnehmer frei in der Wahl der Maßnahmen zur Erfüllung seiner bauvertraglichen Leistungspflichten. Um das Risiko für den Eintrittsfall einer Vertragsstrafe zu vermeiden, sollte der Auftragnehmer jedoch vor Ausführung seiner Leistungen in der Sperrpause Planungen für möglicherweise eintretende Notfälle für die Leistungserbringung durchführen und diese in einem Notfallplan festhalten. An der alleinigen Verantwortung des Auftragnehmers zur Leistungserbringung ändert dies nichts. Vor diesem Hintergrund wird folgendes vereinbart:

Für sämtliche Arbeiten im Zeitregime der Sperrpausen ist mindestens 14 Tage vor den Sperrpausen ein Notfallplan vom AN vorzulegen. Dies betrifft insbesondere das Vorhalten von z. B. Ersatzgeräten, -maschinen, -stoffen und Personal. Die Verfügbarkeit und Einsatzbereitschaft ist dem AG gegenüber im Vorfeld der jeweiligen Arbeiten mit ausreichender Frist, mindestens jedoch 7 Tage vor den Sperrpausen, schriftlich vorzulegen.

0.3 Einzelangaben bei Abweichungen von den ATV

- keine besonderen Anmerkungen -

0.4 Einzelangaben zu Nebenleistungen und Besonderen Leistungen

0.4.1 Nebenleistungen

- keine besonderen Anmerkungen -

0.4.2 Besondere Leistungen

- keine besonderen Anmerkungen -

0.5 Technische Bearbeitung

0.5.1 Ausführungsunterlagen

Seitens des AG werden nur die der Ausschreibung beigelegten Unterlagen übergeben. Der AN hat sämtliche, für die geschuldete Werkleistung erforderlichen Planungsleistungen zu erbringen, insbesondere auch die Ausführungsplanung, statische Berechnung etc., soweit diese nicht ausdrücklich als vom AG geschuldet vorgegeben sind. Die Aufwendungen hierfür sind einzukalkulieren.

0.5.2 Vermessungstechnische Bestandsdokumentation

- Entfällt -

0.5.3 Bauwerksdokumentation

- Entfällt -

0.5.4 Bauzeitenplan

In Ergänzung zum entsprechenden Punkt 16.2 der BVB:

Der durch den AN zu erstellende Bauzeitenplan ist dem AG 14 Kalendertage nach Zuschlagserteilung erstmals vorzulegen.

Der Bauzeitenplan muss mindestens folgende Angaben enthalten:

1. Vorgangsname
2. Vertragsbeginn (Datum)
3. Vertragsende (Datum)
4. Vertragliche Zwischentermine (Datum)
5. Reihenfolge der Leistungen (gem. BVB)
6. Dauer der einzelnen Leistungen
7. Darstellung technisch nachvollziehbarer Abhängigkeiten der vertraglichen Leistungen
8. Darstellung technisch nachvollziehbarer Abhängigkeiten mit den Leistungen anderer Unternehmer
9. Sperrpausen sind zuzuordnen und technologisch detailliert darzustellen (Raster 0,5 Stunden)
10. Tägliche Arbeitszeit (Std./AT)
11. Anzahl Schichten pro Arbeitstag (im Notizfeld)
12. Kapazitäten Hinterlegung (im Notizenfeld oder Nutzung der Ressourcenplanung)
13. Detaillierte Angaben über den Ablauf gemäß den Einzelabschnitten des LV
14. Berücksichtigung betrieblicher Vorgaben sind darzustellen (technisch nachvollziehbar)
15. Logistik ist technisch nachvollziehbar darzustellen
16. Abnahmezeiten sind zu berücksichtigen und auszuweisen
17. Zeiten für Baustelleneinrichtung und Räumung sind auszuweisen (gem. BVB)

Der AN hat den Bauzeitenplan während der Vertragslaufzeit monatlich zu aktualisieren (Soll-Ist-Vergleich) und dem AG zu übergeben.

Der Bauzeitenplan ist als GANTT-Diagramm zu erstellen. Die Unterlagen sind in digitaler Form zu liefern.

0.6 Baubeschreibung

0.6.1 Allgemeines

Die auszuführenden Arbeiten stehen im Zusammenhang mit der Realisierung und Inbetriebnahme der ABS/NBS Karlsruhe - Basel, Streckenabschnitt 1, Karlsruhe - Rastatt-Süd zum Fahrplanwechsel 12/2026.

Überwiegender Bestandteil dieser Ausschreibung ist das Herstellen der Gleisanlagen in Endlage in verschiedenen Abschnitten der Bestands- und Neubaustrecke.

Darüber hinaus enthält diese Ausschreibung eine lokale Tiefbauleistung an der Strecke 4020.

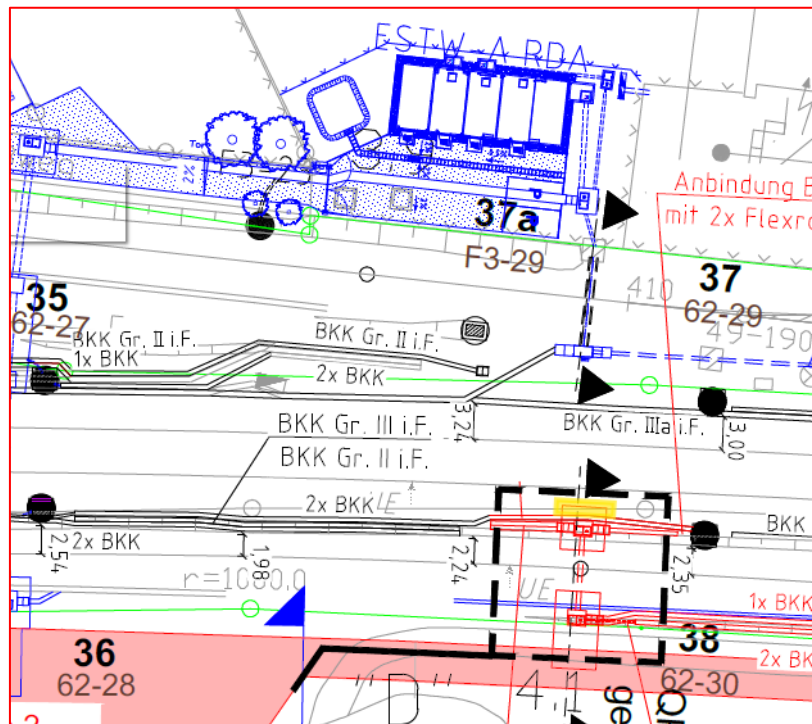
Die Baubeschreibung ist in den folgenden Unterkapiteln nach Standorten gegliedert. Manche Leistungen sind sperrpausengebunden, andere Leistungen sind in einem vorgegebenen Zeitfenster ohne Sperrpausenabhängigkeit zu realisieren.

0.6.2 Str. 4020 ca. km 62,8 bis ca. km 63,3 (Dammerstock)

Für die nachfolgend beschriebenen Arbeiten steht lediglich die Sperrpause von Samstag, 14.03.2026 (5 Uhr), bis Montag, 16.03.2026 (5 Uhr) zur Verfügung. Eine Koordination mit den Arbeiten am Berührschutz L605 sind zwingend erforderlich (vgl. Kapitel 0.1.23).

0.6.2.1 Tiefbau Str. 4020 km 62,970

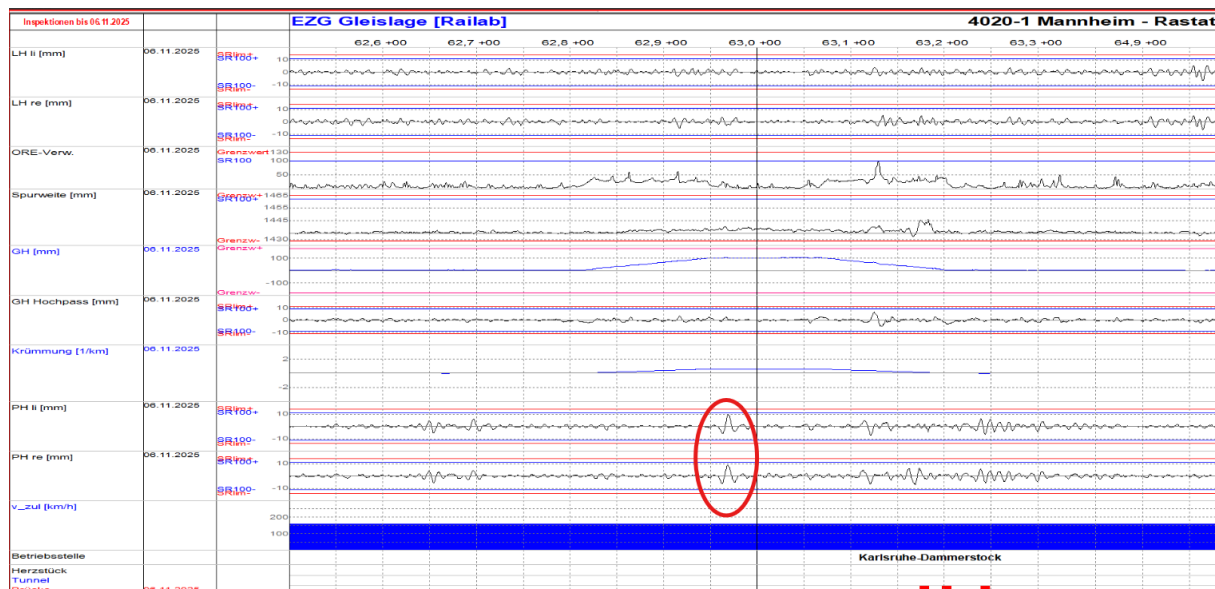
Aus einer vorangegangenen Kabeltiefbaumaßnahme im Bereich zwischen dem ESTW-A Dammerstock und dem Unterwerk Karlsruhe sind Spundwanddielen aus einem Baugrubenverbau zwischen den Betriebsgleisen der Strecken 4020-1 und 4214-1 im Untergrund verblieben. Im Lageplanauszug ist der Standort gelb markiert.



Aufgrund der Setzungsrisiken auf der Str. 4020 sind die Spundwanddielen nur abzubrennen und nicht zu ziehen. Um Beeinträchtigungen für Oberbau-Großmaschinen zu verhindern,

beträgt die Mindesttiefe für das Abbrennen 80 cm unter Schwellenoberkante. Vergleichbare Arbeiten wurden im November 2025 feldseitig des Gleises 4214-1 ausgeführt. Eine Fotodokumentation und der Verbauplan befindet sich in Anlagen 3.3.5 und 3.3.6.

Das Gleis 4020-1 bei km 62,9+70 ist laut Messschrieb des Railabs vom November 2025 nah am Toleranzbereich SR100, sodass das Abbrennen im Rahmen einer TSP und im direkten Zusammenhang mit einem anschließenden Belastungsstopfgang des Gleises 4020-1 auszuführen ist.



0.6.2.2 Stopfarbeiten Str. 4020 km 62,8 bis km 63,3

Unter Sperrung der Str. 4020 ist ein Belastungsstopfgang im Richtungsgleis zwischen km 62,8 und km 63,3 durchzuführen. Diese Arbeiten müssen direkt im Anschluss an das unter Kapitel 0.6.2.1 beschriebene Abbrennen der Spundwanddielen erfolgen. Das Gleis ist vor Ende der Sperrpause zwingend in Soll-Lage zu bringen. Eine Gleislagekontrolle ist obligatorisch.

0.6.3 Stopfarbeiten Str. 4020 km / Str. 4280 Abzweig Bashaide

Für die nachfolgend beschriebenen Arbeiten steht lediglich die Sperrpause von Samstag, 14.03.2026 (5 Uhr), bis Montag, 16.03.2026 (5 Uhr) zur Verfügung. Eine Koordination mit den weiteren Arbeiten am Abzweig Bashaide (vgl. Kapitel 0.1.23, insbesondere OLA, LST, KIB) und Beteiligung an einer Sperrpausenfeinplanung sind zwingend erforderlich.

Unter Sperrung der Str. 4020 ist ein Belastungsstopfgang im Richtungsgleis ab Weiche 45 (WA = km 85,4+31) und im Gegenrichtungsgleis ab Weiche 43 (WA = km 85,2+71) bis ca. 100 m hinter den Baugleissperren (km 86,2+06) an Str. 4280 durchzuführen. Eine Gleislagekontrolle ist obligatorisch.

0.6.4 Stopfarbeiten Str. 4280 km 86,3 bis km 94,1

In Vorbereitung auf die Mess- und Hochtastfahrten der Neubaustrecke 4280 ist ein Belastungsstopfgang im Baugleis ab den Baugleissperren (km 86,2+06) bis zum Übergang Freie Strecke (konventioneller Schotteroberbau) auf Tunneltrög (Feste Fahrbahn) am km 94,0+46 durchzuführen. Neben den durchgehenden Hauptgleisen befindet sich ein 3. Gleis für den Überholbahnhof Kreuzacker mit 8 Weichen (WA W3: km 91,210 bis WE W6: km 92,468).

Die Stopfarbeiten im Baugleis NBS 4280 sind nicht sperrpausenabhängig.

Die verschiedenen Messfahrten (z.B. Gleismesszugfahrt Gleisgeometrie, Ultraschallmessung, Abnahmemessfahrt zur Überprüfung von GSM-R, Fahrtdrahthöhenmessfahrt) sind derzeit ab dem 13.04.2026 eingeplant. Zuvor müssen insbesondere die 8 Weichen im Übf Kreuzacker vom AN_{Schienen} (vgl. Kapitel 0.1.23) geschliffen werden. Zwischen dem Schleifen und der Ultraschall-Prüffahrt müssen mehrere Zugfahrten anderer Fahrzeuge stattgefunden haben. Die Schiene muss „eingefahren“ sein. Folglich ist der Bauablauf mit dem AN_{Schienen} so zu koordinieren, dass das Schienenschleifen nach dem Belastungsstopfgang dieser Ausschreibung mindestens 14 Tage vor Beginn der Ultraschallmessung erfolgen kann.

Eine Gleislagekontrolle ist obligatorisch.

0.6.5 Stopfarbeiten Str. 4280 km 109,6+35 und km 115,0+38 (HOA)

Für die nachfolgend beschriebenen Arbeiten steht lediglich die Sperrpause von Freitag, 15.05.2026 (21 Uhr), bis Montag, 18.05.2026 (5 Uhr) zur Verfügung. Eine Koordination mit den Arbeiten für die Heißläuferortungsanlagen in Sinzheim und Bühl ist zwingend erforderlich (vgl. Kapitel 0.1.23). Die Sperrpause dient der Erstellung des (Kabel-)Tiefbaus und der Ausrüstungstechnik für die HOA 860 (km 109,6+35) und 861 (km 115,3+08) auf der Str. 4280.

Zum Abschluss der Tiefbauarbeiten (nicht Teil der Ausschreibung) sind Stopfarbeiten in beiden Richtungsgleisen in der Nacht 17./18.05.2026 einzuplanen und mit den anderen Gewerken abzustimmen.

0.6.6 Stopfbereitschaft während Hochtastfahrten NBS 4280

Im Zeitraum vom 08.06.2026 bis 20.06.2026 finden Hochtastfahrten auf der Neubaustrecke 4280 zwischen dem Abzweig Bashaide (Str. 4020/4280) und der Überleitstelle Rastatt-Süd (Str. 4000/4280) statt. Zur Beseitigung von gegebenenfalls festgestellten Störstellen bei den ICE-S Fahrten ist eine Stopfbereitschaft vorzuhalten und auf Abruf durch die Projektleitung einzusetzen.

Nächtliche Sperrpausen zur Entstörung im Zeitraum 08.06.2026 - 20.06.2026:

- Montag - Freitag, jeweils 23:30 Uhr - 04:30 Uhr, 10 * 5h